

BACKER ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Maxstraße 6.

Offizielles Organ
des Zentral-Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Rüffet Euch!

Wer durchs Leben sich frisch will schlagen,
Muß zu Schutz und Trutz gerüffet sein.

Dieses Dichterwort scheint wie gemünzt auf die sozialen Zustände der Jetztzeit, obgleich es Schiller schon vor mehr als 100 Jahren gesprochen hat. In einer Zeit, in der die Unternehmer aller Weltanschauungen und Konfessionen sich zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen in großen, gut organisierten und disziplinierten Verbänden zusammenschließen, zu einer Zeit, in der Riesen-unternehmerverbände gegründet werden zu dem einzigen Zweck, die Organisationen der Arbeiter zu zerstören, zu einer Zeit, in der die Reaktion mehr denn je versucht, der Arbeiterbewegung Steine in den Weg zu wälzen, ist es dringend erforderlich, daß den von diesen Maßnahmen Betroffenen immer und immer wieder zugerufen wird:

Rüffet Euch! Es gilt zu kämpfen fürs Recht, es gilt zu kämpfen fürs Leben, es gilt zu kämpfen ums Brot!

Am 1. März ist im Deutschen Reich ein neuer Zolltarif in Kraft getreten, wodurch die Lebensmittel und viele andere tägliche Gebrauchsgüter ganz enorm verteuert worden. Infolge Grenzsperrn für Vieh und Fleisch sind die Fleischpreise schon längst so hoch gestiegen, daß der Arbeiter sie kaum mehr verschlingen kann. Dieser Zustand wird in noch verschärfterem Maße durch den neuen Zolltarif zur dauernden Einrichtung. Die Preise für Brot, Mehl, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Gemüse usw. sind zum Teil schon gestiegen. Zum Ueberflus will auch noch die Regierung das Volk mit neuen Steuern beglücken, man hat es besonders auf Bier und Tabak abgesehen.

Wenn wir nicht eine exorbitante Verschlechterung unserer Lebenshaltung auf uns nehmen wollen, heißt es, den Grund und Boden zu schaffen, um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Erfreulicherweise wächst ja unsere Organisation von Jahr zu Jahr, fortwährend vergrößert sich die Zahl derer, die dem Heerhaufen der Arbeit folgen. So soll es sein, so muß es auch bleiben, denn die Zukunft der Organisation liegt in ihrem Wachstum. Nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft wird ohne Zweifel der gegenwärtigen Periode geschäftlichen Aufschwungs ein Rückschlag folgen und es wird wieder eine Zeit kommen, wo Handel und Wandel stockt, wo eine starke Verminderung der Arbeitsgelegenheit eintreten wird. Diese Periode des Rückgangs wird das Unternehmertum heimzuziehen um seine Trümmer gegen uns auszuspielen. Das können wir nur verhindern, wenn wir die gegenwärtige Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs, die erfahrungsgemäß ja auch der Gewinnung neuer Mitglieder günstig ist, so weit wie möglich ausnützen.

Wir haben also keine Zeit zu verlieren, um dafür Sorge zu tragen, daß die vielen Tausende, die uns noch fern stehen, gewonnen werden. Keine Opfer und Mühen haben wir zu scheuen, um das Werk des Zusammenschlusses und der Einigkeit unserer Berufskollegen zu fördern und zu vollenden.

Neben dieser Organisationsarbeit haben wir aber notwendig, die sich uns bietenden günstigen Momente auszunützen, um für unsere Kollegen durch planvoll vorbereitete Bewegungen Vorteile herauszuschlagen. Seitdem die Unternehmer von ihrem bornierten Standpunkt, der jede Unterhandlung mit den Arbeiterorganisationen verweigert, mehr und mehr abgekommen sind, ist es ja möglich, im Wege friedlicher Verständigung, die für beide Parteien nur vorteilbringend ist, Vorteile zu erreichen.

In vielen Fällen sind aber unsere „Brüder“ derart verständnislos und einseitig, daß alle Versuche zur friedlichen Verständigung scheitern. In solchen Fällen bleibt nur der Krieg, was hier angewandt, nichts anderes heißt, als Kampf gegen ein Proletariat, das für die Bedürfnisse und Erfordernisse seiner Arbeiter kein Verständnis besitzt. Wollen wir aber kämpfen, müssen wir Geld haben. Zum Kriegsführen gehört Geld. Die Stärkung unserer Organisation liegt nicht nur in der Zahl ihrer Mit-

glieder, sondern auch in dem Widerstandsfonds, welchen sie besitzt.

Deshalb bedarf der Krieg, als äußerstes und letztes Mittel angewandt, stets besonderer Voransicht. Die Erbitterung der Arbeiter über die erfolgte Ablehnung von Forderungen ist vollaus berechtigt und begreiflich, sie darf jedoch nie so weit gehen, daß infolge derselben ein vor-eisiger Schritt unternommen wird, der sich nachher bitter rächen kann.

Zu solchen Zeiten haben ja die Vertreter der Organisation oft einen schweren Stand. Es ist ihre unbedingte Pflicht, die Arbeiter vor unüberlegten Handlungen zu warnen, sie haben in solch schweren Zeiten ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Sicherlich ist es bequem und populär, den Wünschen und Meinungen einer erregten Masse zuzufolgen, leichter in einem allen angenehmen Sinn zu sprechen, als seine warnende Stimme zu erheben. Aber man würde sich durch einen derartigen Vorgang einer, nie mehr gut zu machenden Handlungsweise schuldig machen. Fribol, verantwortungslos müßte das genannt werden. Es ist nicht jedermanns Sache, über eine schwebende Angelegenheit objektiv zu urteilen, am allerwenigsten trifft dies bei einer größeren Zahl von Personen zu. Es bedarf ganz besonderer Voransicht und Kenntnis der Sachlage, um nicht von vornherein für eine verlorene Sache, den Kampf und -Erfahrungen zu opfern. Es ist keine besondere Anstrengung notwendig, um seine Stimme für den Ausbruch abzugeben.

Ebenso gewis ist es nicht jedermanns Sache, über die Folgen eines solchen Vorgangs sich momentan ein klares Bild zu schaffen. In den Ausland zu treten, ist keine Kunst, aber seine Folgen und Begleiterscheinungen von vornherein abzuschätzen, bedarf einer ruhigen und kühlen Ueberlegung, eine Eigenschaft, zu der erregte Gemüter nicht besonders taugen.

Ist doch sofort nach Ausbruch eines Ausstandes die finanzielle Frage auch die ausschlaggebende Frage. Darauf lenken nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber, letztere ganz besonders ihr Augenmerk. Die ganze Laus eines Streiks richtet sich zunächst immer nach der Geldfrage.

Damit ist uns aber der Weg gezeigt, den wir zu gehen haben. Ist die Geldfrage gelöst, haben wir einen genügenden Kampffonds, mit dem wir rechnen können, dann sind wir gewappnet und gerüstet, und können der Entwicklung der Dinge ruhig entgegensehen. Wohl haben wir heute schon einen Widerstandsfonds, der uns gute Dienste leistet in Zeiten der Gefahr, diesen zu stärken, so zu stärken, daß er allen Stürmen trogen kann, ist ein Gebot der Notwendigkeit. Diese Stärke sichern wir uns, wenn wir auch in halbwegs friedlichen Zeiten rüsten, wenn wir immer eingedenk sind, daß zum Kriegsführen drei Dinge gehören:

Geld, Geld und nochmals Geld!

Der Arbeitgeber-Schutzverband und die Gesellenbewegungen.

Wie eine Agitationschrift für unseren Verband liest sich das Protokoll der Verhandlung des Gesamtvorstandes des Germaniaverbandes, welche am 26. März d. J. in Berlin stattfand. Wir wollen deshalb das Protokoll vollständig abdrucken, denn es dürfte uns außerordentlich gute Dienste in der Agitation und Aufklärungsarbeit unter den leider noch so vielen gleichgültigen Kollegen leisten, welche unsern Verbände noch fern stehen. Das Protokoll lautet:

Dr. Westphal: Als in München die Frage des Arbeitgeber-Schutzverbandes zur Diskussion gestellt wurde, handelte es sich nicht um eine Frage, die neu war und zum erstenmal der Öffentlichkeit übergeben wurde. Schon im Jahre 1904 hat und die Frage beschäftigt und es wurde wiederholt in der Fachpresse durch Artikel dargelegt, was damit beabsichtigt war, auch haben verschiedene Zweigverbände auf ihren Verbandstagen dazu Stellung genommen. Wir haben an alle größeren Verbände von 70 und mehr Mitgliedern wiederholt Rundschreiben geschickt und ihnen auseinandergelegt, was mit der neuen Institution bezweckt werden sollte. So haben wir unseren Verbands-

mitgliedern reichlich Gelegenheit gegeben, sich bis zum Münchener Verbandstage ausgiebig über die Frage orientieren zu können. In München nun wurde ein prinzipieller Widerspruch gegen den Gedanken nicht laut, die Einwände bezogen sich nur auf konkrete Fragen des Statuts. Selbst die Zweigverbände, wo es schwierig oder unmöglich war, die Beiträge für die Zentralstelle für Arbeitsnachweis zu erlangen, erkannten an, daß mit dieser Institution dem praktischen Bedürfnis Rechnung getragen wurde. Man hätte erwarten sollen, daß nach dem Münchener Verbandstage eine rege Agitation für den Arbeitgeber-Schutzverband eingeleitet hätte. Nirgends, mit wenig Ausnahmen, haben sich jedoch die Verbände freiwillig an die Gründung von Ortsgruppen gemacht. Der Vorstand hat noch mehrfach die Verbände auf diese Frage hingewiesen und sie aufgefordert, den allseitig als nützlich anerkannten Gedanken in die Tat umzusetzen. Um den Verbänden die Arbeit zu erleichtern, wurde mitgeteilt, daß, wenn sie sich mit der Frage beschäftigen wollten, ihnen ein Referent zur Verfügung gestellt wurde. Der Vorstand glaubte, daß den Vätern der Verbände damit entgegengekommen und man in größerem Umfange davon Gebrauch machen würde. Leider hat keine Forderung uns aufgefordert, einen Referenten zu schicken, nur Magdeburg. Eine größere Forderung von über 300 Mitgliedern hat auf unsere Anfrage, wann ihre nächste Versammlung stattfinden, damit der Generalsekretär dort sprechen könnte, noch nicht mal geantwortet. Dieses typische Beispiel ist bezeichnend für die außerordentliche Schwierigkeit, die uns bei der Arbeit entgegentritt und erklärt den geringen Erfolg unserer Bemühungen. Da wir einfahen, daß es auf diese Weise nicht ging, wollten wir einen Vorstoß machen und am 26. März einen Antrag an den Vorstand des Germaniaverbandes an einem bestimmten Tage erscheinen und über den Arbeitgeber-Schutzverband referieren wurde, das ist auch geschehen. Außerdem haben wir andere Herren, welche schon eine Ortsgruppe des Arbeitgeber-Schutzverbandes gegründet haben, mit der weiteren Agitation betraut, so Herrn Kampmann in Köln und den Vorstand des Saxonia-Verbandes in Dresden.

Es ist mir bei meinen Agitationsreisen wiederholt ein Einwand erhoben worden gegen diese Institution dahin: Wir wollen kein Geld nach Berlin schicken. Man will vielmehr diese Organisation nur für sich, für die betreffende Forderung, eventl. für den Zweigverband haben, aber nicht darüber hinausgehen. Da muß ich dann sagen: Wenn das Resultat der ganzen aufgewandten Mühe und Arbeit und des verausgabten Geldes lediglich darin besteht, daß hier und dort eine Forderung in eng begrenztem Kreise wirken will oder bestenfalls wenige Forderungen zusammen, dann möge man überhaupt die Hände davon lassen, denn dann ist das erreichte Ergebnis der ganzen Tätigkeit überhaupt nicht wert.

Um es zu erreichen, daß einzelne Verbände sich besondere Fonds für Lohnbewegungen anschaffen, brauchen wir die ganze Organisation, Statuten usw. nicht.

Was wollten wir denn eigentlich mit dem Arbeitgeber-Schutzverband? Es hat sich gezeigt, daß es bei den heutigen Verhältnissen unmöglich ist, einen Lohnkampf lediglich dadurch zu führen, daß man sich auf die Standhaftigkeit und die Ausdauer der Meister verläßt. Um diese bei der Forderung zu halten, müssen wir imstande sein, ihnen die Schädigungen, die jede Lohnbewegung mit sich bringt, wenigstens etwas zu ersetzen. Dazu sollte der Arbeitgeber-Schutzverband dienen, er sollte gewissermaßen eine Art Gegenseitigkeit gegründete Gesellschaft zur Entschädigung von Streik- und Vorkaufschäden sein. Natürlich läßt sich dies Ziel nur erreichen, wenn der Verband auf einer möglichst breiten Grundlage steht und möglichst viele Forderungen in allen Gegenden umfaßt.

Da unser Verband für sich allein nicht imstande ist, allen Anforderungen zu entsprechen, war weiterhin beabsichtigt, den Anschluß an den Verein deutscher Arbeitgeberverbände nachzufragen. Dieser umfaßt bereits eine große Anzahl Arbeitgeberverbände der Industrie und des Handels, die ein ähnliches Prinzip verfolgen und ist jetzt im Begriff, eine Streikversicherungskasse zu gründen, die es den angeschlossenen Verbänden ermöglichen soll, allen an sie herantretenden Ansprüchen gerecht zu werden. Aber wir können uns diesem Verein nur anschließen und die gleiche Rückendeckung erhalten, wenn unser Verband selbst genügend fundiert ist.

Diese vielfach nicht hoffnungslosen Ausführungen mußten gemacht werden, damit wir uns keinerlei Täuschung hingeben und ganz klar sehen können, was weiter geschehen soll.

Die bisherigen Ergebnisse über die Bildung von Ortsgruppen, soweit sie zu unserer Kenntnis gelangt sind, stehen leider nicht im Einklang mit der bisher aufgewandten Arbeit und Mühe. Wir müssen nunmehr daran gehen, einen Zusammenschluß der einzelnen Ortsgruppen herbeizuführen, um ein festes Fundament zu legen. Der Gesamtvorstand kann ja nun keine Beschlüsse darüber fassen, wie der Zusammenschluß zu erfolgen hat und wo der Sitz des Schutzverbandes sein soll. Wir machen deshalb den Vorschlag, daß von den Ortsgruppen Delegierte einberufen

werden, die über jene Fragen sowie über eine Änderung der Statuten beraten sollen, die sich vielfach als notwendig herausgestellt hat. Die Praxis hat gezeigt, daß die jetzigen Bestimmungen nicht mehr ausreichend sind, und es wird Aufgabe der Delegiertensammlung sein, Änderungen zu treffen.

Wenn man das wenig erfreuliche Ergebnis ungerer Agitation sieht, so könnte man die Frage aufwerfen, ob sich die Verhältnisse im allgemeinen und die Verhältnisse im besonderen so sehr geändert haben, ob sich ein Abflauen der Gefellenbewegung irgendwie bemerkbar gemacht hat, daß Schutzmaßnahmen nicht mehr nötig sind. Diese Fragen aufzuwerfen, heißt sie aber gleichzeitig verneinen.

Wer die Tätigkeit des Gefellenverbandes verfolgt hat, wird bestätigen, daß eine Zurückdrängung des Verbandes nicht erfolgt ist und es wird ihm auch kaum Abbruch getan werden durch Gründung von meistertreuen Gefellenvereinen. Es besteht darin eben ein tiefer, fließender prinzipieller Gegensatz zwischen dem Gefellenverband und dem Meisterstande. Jener will, daß die Kleinmeisterchaft verschwinden müsse, während dieser natürlich kämpft, um seine Selbstständigkeit aufrecht zu erhalten. Mit der Gefellenschaft soll allerdings verhandelt werden, wenn seitens derselben Forderungen gestellt werden; doch kann niemand verhindern, daß früher oder später eine Auseinandersetzung durch einen Kampf erfolgt. Demgegenüber bestehen nur zwei Möglichkeiten: entweder man überläßt den Meister von vornherein seinem Schicksal oder aber man rüstet sich rechtzeitig, um diesem Kampf entschlossen entgegenzugehen zu können. Ein Drittes gibt es nicht.

Brünnel-Dresden: Es ist immer leicht, etwas zu versprechen und den Nutzen einzureden, den man durch den Beitritt zu einer Institution erlangen soll; wenn es sich aber dann um eine Unterstützung handeln soll, wird die Sache ganz anders. Was die Gefellenverhältnisse anbetrifft, so ist es wünschenswert, daß die maßgebenden Personen auch die Gefellen kennen. Die Gefellenbewegung lehrt uns, daß wir uns unter den Gefellen bewegen sollen und sie nicht über die Schulter ansehen, dann wird vieles leicht besser werden. In Dresden wurden wir im vorigen Jahre mit den Gefellen unterhandelt. Innerhalb drei Tagen hatte ich 58 Stimmen, die sich dafür aussprachen, daß sie mit dem Meisterstand verhandeln wollten, was die Meisterchaft vorge schlagen hatten. Für Kost und Logis außer dem Hause waren die Gefellen nicht und bald waren 337 Stimmen, die sich dafür aussprachen. Nur 60 Gefellen stimmten den Vorschlägen der Agitatoren zu. Bei einigermaßen Entgegenkommen, das den Gefellen seitens der Meister bezeugt wird, erreichen die Agitatoren in Dresden nichts. Als der große Streik in Hamburg war, haben wir die Kollegen dort unterstützt, als wir in Dresden Streik hatten, erhielten wir den Bescheid, daß der Vorstand keine Veranlassung hätte, uns etwas zu leisten. Ein großer Teil von Meistern in Obersachsen hat keine Gefellen und jene sind dennoch nicht für den Schutzverband zu haben. Wenn uns eine größere Anzahl von Stimmen zur Verfügung gestellt wird zur Unterstützung der Kollegen, werden die Obermeister in den Städten eher in der Lage sein, für den Anschluß an den Schutzverband zu wirken.

Wendt-Dresden: Inzwischen, daß man dort jetzt noch den Münchener Verbandstag an die Arbeit gegangen ist und daß eine Ortsgruppe des Arbeitgeber-Schutzverbandes seit dem 1. Oktober besteht. Das Geld wurde nicht etwa immer gegen Berlin habe, sondern weil man erst wissen wollte, wie die anderen Stellen verfahren; die Kollegen meinten, wenn eine Unterstützungsumme herkommt, soll Geld sofort zur Verfügung stehen. Wieder ist jetzt eine Zentralstelle für den Arbeitgeber-Schutzverband vorgesehen; die früheren Organisationen, wie Streikabwehrfonds und Zentralstelle für Arbeitsnachweise, werden behördlich genehmigt, deswegen lagten wir uns in Dresden, das Geld notwendig für uns zu behalten, solange nicht der Beitritt zu 1. Oktober ist. Die Sachen sind jetzt nicht fertig, welche bei Abschluß eines Streiks und der Folgeerscheinungen die Kollegen in anderen Orten im Stich lassen, sie haben aber auch keine Lust, jetzt ihre gemeinsamen Beiträge zu zahlen, um so weniger, als sie bei dem vorjährigen Lohnstreik in Dresden diesen ohne Unterstützung auszuhalten mußten. Auch in Dresden, wo eine Unterstützung angebracht war, hat man nicht eingegriffen und es wurde gesagt, die Jünge hätte sich zu spät gemeldet, was aber nicht der Fall war. Da die Beiträge für die Zentralstelle an die Verbandstafel überwiesen waren, hätte man die Jünge, die in einer früheren Lage sich befand, wohl unterstützen müssen. Nur auf Grund letzterer Urteile werden sich die Ortsgruppen in Sachsen dem Schutzverband anschließen.

Dr. Schöphel: erachtet im Interesse des Ganzen es für verheißend, wenn eine Jünge oder Ortsgruppe abwartende Stellung einnimmt, bis sich ein eine andere für den Beitritt erklärt haben wird. Was die Anzahl der Statuten anbetrifft, so wurde im ersten Jahre an die Jünglinge geschrieben, daß ihnen solche nach Bedarf in beliebiger Zahl zur Verfügung stehen. Obermeister Rüdiger habe sich dahin ausgesprochen, daß er als Obermeister doch zu viel Geld habe, daß die Gefellen nicht in einen Streik eintreten werden. Die Obermeister in Berlin, Hamburg und München waren doch auch sehr entgegen die Herren, aber daß es ihnen möglich wäre, einen Streik zu verhindern. Und wenn ein noch so energiegelober Obermeister an der Spitze steht, so kann er doch nicht die Arbeit der Gefellenagitatoren aus der Welt weichen. Vor 10 Jahren konnte man auch nicht daran denken, daß heute 200 Gefellen in Berlin dem Verbande angehören. Sogar in Potsdam, das ganz nicht als Industriestadt gelten kann, gehört ein Teil der Gefellen dem Verbande an. Die Herren Brünnel und Wendt bemängeln, daß bei dem ausstehenden Streik eine finanzielle Unterstützung nicht möglich sei, daß das heißt der Verband es lieber über nicht, weil die Agitation behindert dem entgegenwärtigen und das Dasein der Arbeiter aber dem Verbande schaden würde. Heute, wo der Lohnstreik nicht mehr durch Streik, sondern durch den Boykott verhindert werden wird, ist es wegen der dadurch hervorgerufenen Schädigungen durchaus notwendig, bei dem Streik eine Unterstützung zu geben, um sie in ihren Familien zu erhalten und gerade das soll der Arbeitgeber-Schutzverband leisten.

Brünnel: Es ist nicht in Abrede, daß auch in Dresden die Arbeit ein Streik auszuhalten kann. Da aber der Verband an andere Jünglinge Unterstützung beim Streik gewährt, heute das auch in Dresden geschehen kann.

Lehrer: Herrmann: Hamburg wurde durch freiwillige Sammlungen in den Jünglingen unterstützt. Allerdings gegen 200 A. aus der Zentralstelle nach dort,

aber infolge der Zentralstelle für Arbeitsnachweise haben wir den Bescheid bekommen, daß aus der Zentralstelle Geld zu dem bezeichneten Zweck nicht mehr genommen werden dürfen, und wurde mit Auflösung des Verbandes gedroht. Im gutem Willen zur Unterstützung hat es nicht gefehlt, aber die Zentralstelle dürfte für Breslau und Deuben nicht in Anspruch genommen werden.

Grosz-Magdeburg: Daß der Schutzverband für größere Städte von Vorteil ist, unterliegt keinem Zweifel; wenn der Generalsekretär die Interessiertheit bezeugt, so liegt das an den Verhältnissen. Im vergangenen Jahre habe ich vier Jünglinge im Verbands mit gegründet, dabei die Vorteile, die der Verband bietet, hervorgehoben, was auch anerkannt wurde, aber in Bezug auf den Schutzverband hat man erklärt, daß viele Meister mit keinem oder nur mit einem Gehülfen arbeiten und daß man deshalb für den Beitritt nicht ist. Der Schutzverband ist zu empfehlen den Jünglingen, wo viele Gefellen beschäftigt werden.

Man-Dein: Wir befinden uns in einer Streitzeit und empfiehlt sich deswegen ein recht vielseitiger Anschluß an den Schutzverband. Da ich viel mit Gefellen zusammenkomme, kann ich die Ansicht des Herrn Dr. Westhof, daß eine große Kluft besteht zwischen dem Gefellen- und Meisterstande, die nicht zu überbrücken ist, nicht rückhaltlos teilen. Es gibt dabei zwei Gruppen von Gefellen. Bei dem zunehmenden Großbetrieb gehören viele dem Verbands an, doch kann man diese Leute fast nicht mehr als Gefellen bezeichnen, eher als Fabrikarbeiter. Die ordentlichen Gefellen haben das Bestreben, Meister zu werden und sie haben sich in Berlin in Vereinen zusammengeschlossen, sie wollen nicht Sozialdemokraten werden. Diese besseren Gefellen verdienen überall die Unterstützung der Obermeister, und wenn wir diesen Gefellen mehr die Hand reichen, wird die Gegenströmung mehr vergehen. Unsere Bäckerei ist in einem Umschwung begriffen, die Großbetriebe und Genossenschaften, von den Sozialdemokraten ausgehend, sind der größte Krebsgeschaden in der Bäckerei. Es empfiehlt sich für die Kollegen der Anschluß an den Schutzverband und in zweiter Linie, die Bestrebungen der besseren Gefellen nach Kräften zu unterstützen.

Wiener-Dresden: Wundert sich, daß nur Dresden im Arbeitgeberverband eine Ortsgruppe gegründet haben soll, während doch auch aus Chemnitz und Leipzig Meldungen vorliegen. Man werde aber auch in anderen Jünglingen noch weiter dafür wirken und dürfen halb weitere Meldungen eingehen.

Winger-Frankfurt a. M. bittet, daß im Sinne unseres großen Verbandes auf den bevorstehenden Zweigverbandstagen sich so viel wie möglich die Mitglieder zum Beitritt melden. Vom 1. bis 20. März wurden von den Gefellenagitatoren in fast allen Städten des Bezirks Verammlungen einberufen, natürlich um die Gefellen aufzuwecken. Vom Vorstand des Zweigverbandes ergingen Anordnungen an die betreffenden Obermeister, daß die Meister auch zu den anberaumten Sitzungen erscheinen sollen, und kamen darauf in neun Orten die Verammlungen nicht zustande. Die Gefellen zählen wöchentlich 50 A. in die Verbandskasse, sie fragen nicht danach, ob die angestellten Forderungen gerecht oder ungerecht sind, sie wollen das Gewerbe ruinieren. Darum zu launiges Zögern kommt der Arbeitgeber-Schutzverband nicht zustande, darum jorge man überall für baldigen Eintritt. Die Gefellen sind obermütiger, sie fragen überhaupt nicht nach, wo ihre Wohlfahrt liegt, sie wollen eben in ihrem Gewerbe sein.

Seeger-Karlsruhe: erklärt, daß man dem Schutzverband sympathisch gegenübersteht, daß sich einige Städte diesem bereits angeschlossen und daß man die Sache auch weiter unterstützen wird.

Wendt: hätte erwartet, nachdem aus der Zentralstelle für die Streikschaden in Deuben nichts gegeben werden konnte, daß dies aus dem Verbands der Zentralstelle für Arbeitsnachweise hätte gesehen werden können. Der Streik an und für sich hatte keine Bedeutung, aber der Boykott. Die Gewerkschaften wollten nur dahin wirken, daß die Verlegung, wonach die Boykottklärung der Meister verboten ist, wieder aufgehoben wird. Bei 80 Gefellen in Deuben gehören nur zwei dem Verbands an; dadurch wird der Boykott, daß ein Streik in kleinen Jünglingen unwirksam, hinsichtlich, weil eben durch den Boykott die schweren Schädigungen entstehen. Dresden will abwarten, will die Zahlen zuhalten und erst sehen, wie der Schutzverband wirken wird, ehe es Geld dafür hergibt.

Ratow-Danzig: hat niemals geglaubt, daß die Gefellenbewegung auch dort Platz greifen würde, aber seit einem Jahre hat der Zahl der Verbands 100 Mitglieder beigetreten, eine verhältnismäßig große Zahl. Durch die Verhältnisse gezwungen, ist man an die Bildung einer Ortsgruppe des Schutzverbandes gegangen. Die Zurückhaltung, von welcher Kollege Wendt gesprochen, ist nicht gerechtfertigt, man könne doch nicht abwarten, bis erst alle Ortsgruppen dabei sind. Was nütze eine einzelne Ortsgruppe in Danzig bei einem Streik, man sei doch auf die Unterstützung von außerhalb angewiesen. Der Schutzverband ist ein breiter Damm aufzubauen, indem wir uns ihm möglichst alle anschließen. Ein einzelner vermag dabei nichts.

Koch-Altenburg: Wir sind noch hier gekommen, um Informationen mitzunehmen. Fragen wir uns nach der Ursache, die den Schutzverband zeitigte, so sind es die Streiks, die alle Jahre wiederkommen durch den Zusammenstoß der sozialdemokratischen Gefellen. Das Wachstum des Gefellenverbandes basiert in der Sympathie auf die Agitation bezahlter Kräfte, durch das Gefellenblatt werden die Gefellen angezogen und nutznießen gemacht. Genossenschafts- und Konsumvereinsbestrebungen wachsen, das sind Pflichten, von wo aus die Unzufriedenheit weiter geschürt wird. In den letzten Jahren hat der Gefellenverband Unterstützungen verschiedener Art eingerichtet, wodurch sich die Mitglieder bewegen fühlen, nicht wieder auszutreten, die Justizkosten sind dadurch geringer geworden. In Genossenschafts- und Konsumvereinsbestrebungen werden nur Gefellen aufgenommen, welche Verbandsmitglieder sind; treten sie dort aus Arbeit, bleiben sie doch Verbandsmitglieder, um der Unterstützung nicht verlustig zu gehen. Man gibt es aber noch Gefellen, welche tren auf Seite der Meister stehen, die sich in Vereinen zusammengeschlossen haben. Solche Vereine müssen unterstützt und auch neue gegründet werden; ein Mann, welches für diese Gefellen beizutreten und orientieren will, konnte viel Gutes wirken. Unsere Gefellenagitatoren konnten vielleicht erhöht werden, um einen Gegenstand gegen die Verbandsunterstützungen zu schaffen. In Thüringen hat sich schon ein kleiner Verband von meistertreuen Gefellenvereinen gebildet, der es auch verheißt, unterstützt zu werden. Der Arbeitgeber-Schutzverband sollte so aufgebaut werden, wie unser Verband, um nicht eine neue Institution zu schaffen, die einen

Verein im Verein bildet; es sollte jedem Verbandsmitglied Gelegenheit geboten werden, dem Schutzverband beizutreten. In Gera haben sich bereits 69 Meister zum Beitritt bereit erklärt. Bekannt ist, daß der Boykott mehr schadet als der Streik und daß bei ersterem gerade die schwächeren Kollegen am meisten betroffen werden.

Korn-Königsberg: führt den Umstand, daß bisher so wenig Ortsgruppen gegründet wurden, auf die verhältnismäßig kurze Zeit seit dem Münchener Verbandstage zurück. Im April-April der Jünge würde sicher eine Ortsgruppe gegründet werden. Die führende Stelle sollte aber doch beim geschäftsführenden Vorstand bleiben, und es wäre besser, wenn auch die Jügel in einer Hand lägen. Solange die Sozialdemokratie Unfrieden sät, werden so leicht nicht wieder bessere Verhältnisse zwischen Meister- und Gefellenstand eintreten. In den Verammlungen finden die Agitatoren Zuspruch, da sie Versprechungen aller Art machen; die Gewerkschaften finden immer mehr Terrain. Der beste Damm zwischen Meister und Gefellen ist der Arbeitgeber-Schutzverband.

Herrert-Stuttgart: Der geschäftsführende Vorstand des Zweigverbandes steht der Sache sympathisch gegenüber, doch sind die kleinen Jünglinge schwer dafür zu haben, indem die Mitglieder oft nebenbei noch Landwirtschaft betreiben; da sie keinen Gefellen beschäftigen, so können sie auch nicht durch Boykott geschädigt werden, da keine Industrie vorhanden. Bei einer Stala für kleinere und größere Städte wird sich der Anschluß an den Schutzverband leichter ermöglichen.

Mehren-Pöln: Im Rheinland haben wir mit dem Schutzverband nichts gemerkt bis zum Verbandstag in München. Schon auf unserem Zweigverbandstag in Darmen wurde der Sache näher getreten, es wurde an die Arbeit gegangen und sind in Pöln bereits mindestens zwei Drittel der Meister, welche Gefellen beschäftigen, beigetreten. Unsere Gegner dürfen wir nicht aus dem Auge lassen und doch ist dabei sicher, daß im Rheinland der Gefellenstand vor der Bedeutung des Schutzverbandes steht. In Pöln werden wir in diesem Jahre von einem Streik verschont bleiben, die vorgegangene Gründung des Schutzverbandes ist ein Damm, der nicht zu unterschätzen ist. Nur die Größe unseres Schutzverbandes kann einen Druck auf die Gegner ausüben, und wenn wir geschlossen dastehen, wird er nicht verfehlen, Eindruck zu machen. Der Gefellenverband will die Kleingewerbe vernichten; unser vornehmliches Bestreben muß aber dahin gehen, daß das Kleingewerbe dem Handwerk erhalten und nicht dem Großbetriebe zugeführt wird. Im vorigen Jahre wurden in Pöln 40 Meister neu in die Jünge aufgenommen; dies beweist, daß die Gehülfen auch heute noch Gelegenheit haben, sich selbständig zu machen.

Kindt-München: Wir sind in Bayern vorsichtig, indem wir an den Streikabwehrfonds und die Zentralstelle für Arbeitsnachweise denken, die dem einzelnen keine Vorteile bringen konnten. Die meisten sagen, warum sollen wir zahlen, wenn wir keine Gegendienste zu erwarten haben. Bei der Gesamtvorstandssitzung in Schwabach 1905 fand die Sache wenig Anklang, weil den Mitgliedern die Statuten nicht konvenierten. In diesem Sommer haben die drei bayerischen Verbands in Nürnberg Verbandstag, und steht zu erwarten, daß bei genügender Aufklärung der Schutzverband Sympathien findet. Man hat gesehen, welche Mittel die Gehülfen für ihre Zwecke anbringen, so sie wissen, daß sie Vorteile davon haben. Wenn die Meister sehen, daß sie von anderer Seite unterstützt werden, werden sie auch den zu weit gehenden Gefellenforderungen entgegenstehen. Einige tausend Mark nützen nicht viel, wenn Schädigungen durch Boykott ausgleichend werden sollen, dazu gehören Hunderttausende. Auf breiter Basis muß daher der Schutzverband aufgebaut werden und damit Anschluß an den allgemeinen Arbeitgeber-Schutzverband.

Lampe-Harburg: bedauert, daß die größeren Jünglinge so langsam mit dem Anschluß vorgehen. Die Jünge Harburg ist durch Schaden flug geworden. Als 1896 der Boykott erklärt wurde, haben die Vespergestellten 50-100 A. sofort gezahlt und pro Woche und Gefellen 2 A., wovon die schwächeren Kollegen Unterstützungen gezahlt wurden, die sie später nach und nach zurückzahlen konnten. Schwer wird es halten, die Kollegen auf dem Lande zum Beitritt zu bewegen, um so mehr muß das in den Städten der Fall sein und hier muß jeder Obermeister die Kollegen dazu anfeuern. Die Organisation der meistertreuen Gefellen soll möglichst gefördert werden durch belehrende Vorträge, durch Unterstützung seitens der Jünge und der Handwerkskammer, wie dies in Harburg für die Gefellenbrüderchaft geschieht. In Harburg hat man die Wohltaten des Arbeitgeber-Schutzverbandes gespürt, indem die Hälfte der Kosten eines Boykottprozesses von 300 A. von dem Hamburger Verbands getragen wurde; in erster Instanz wurde ein obliegendes Urteil erlangt und steht das gleiche auch in zweiter Instanz zu hoffen. So wird der Schutzverband wirken zur Festigung unserer Interessen durch pekuniäre Unterstützung, moralischen Druck und durch Unterstützung in Gewährung von Kosten bei event. Prozessen.

Ratow: erklärt, daß man im Zweigverband Schlesien nicht gegen den Anschluß an den Schutzverband ist. Schon auf dem Verbandstag in Jauer stand der Punkt auf der Tagesordnung, und wurde dort beschlossen, Ortsgruppen zu gründen. Auch auf dem diesjährigen Verbandstag in Breslau kommt die Angelegenheit zur Verhandlung. Da in Breslau ein allgemeiner Arbeitgeber-Schutzverband gegründet wurde, stellt man auch an die Bader-Jünge das Erreichen, sich diesem anzuschließen, doch nahm die Jünge eine abwartende Stellung ein, um dem Schutzverband für das Kleingewerbe beizutreten zu können. In Breslau besteht ein Stamm meistertreuer Gefellen, denen es an Entgegenkommen seitens der Meisterchaft nicht fehlt. Persönlich erklärt Redner, daß er sowohl die Verammlungen dieses Vereins als auch des sozialdemokratischen Vereins Echo besuche.

Winger: In unserem Bezirk waren wir der Ansicht, daß eine derartige Organisation für uns nicht notwendig wäre, doch wurden wir eines anderen belehrt. Wünschenswert ist es, daß uns das statistische Material zur Verfügung gestellt wird, u. a. in welcher Anzahl in unserem Bezirk die Gefellen dem Verbands angehören, die größer ist, als wir gedacht. Mit derartigem Material in der Hand würden wir im Verband für den Arbeitgeber-Schutzverband wirken können.

Wendt: führt aus, daß es im Interesse eines jeden Kollegen liegt, sich dem Schutzverbande anzuschließen, um im Fall eines Boykotts Unterstützung zu erhalten. Gegen das Vorgehen der Genossen bietet der Schutzverband einen wirksamen Damm.

Ratow: Es wird nötig sein, einen Verein im Verein zu gründen, und das ist in diesem Fall der Arbeitgeber-

Schuhverband, mit dem ich in Berlin. Die beiden Vorstände können dann ganz gut zusammen arbeiten. Da der Vorkott die größte Gefahr bildet, so ist auf einen Anschluß sämtlicher Betriebe hinzuwirken, und wenn dann kein Erfolg durch den Vorkott gefährdet wird, fällt dieser in sich zusammen. Wenn eine Ortsgruppe gebildet werden soll, müssen also alle Betriebe derselben angehören. In Danzig wurde eine Versammlung aller Bäder einberufen, auch der Profibetriebe und Nichtmitgliedbetriebe, um auch diese für den Schuhverband zu gewinnen. Also alle Betriebe, oder gar nicht erst den Schuhverband bilden. Eine Gruppe mit vier Mitgliedern, wie in Breslau, hat gar keinen Zweck. Durch Festlegung von Konventionalstrafen sollte jeder Betrieb verpflichtet werden. Der Germania-Verband ist ein Zünftsverband und die Zünfte haben solche können nicht allein etwas machen. Ein Verein meistertreuer Gesellen besteht schon lange in Danzig, und war ich einer der beliebtesten Leute unter den Gesellen, bis kürzlich bekannt wurde, daß ich für den Schuhverband wäre, worauf ich von den Gesellen angegriffen wurde.

Prüfung: Die abwartende Stellung in Breslau hat der vorjährige Streik mit verschuldet. Als der Streik in Hamburg war, wurden anscheinliche Summen nach dort geschickt, auch die Kollegen in Berlin wurden von uns reichlich unterstützt. Als wir aber in Breslau Streik hatten, mußten wir uns allein helfen. Deshalb jetzt unsere abwartende Stellung. Eine einstweilige Verfügung wegen der Vorkottklärung haben auch wir erreicht, doch hat jetzt der Gesellenverband dieselbe angegriffen. Am 9. April ist neuer Termin. In Breslau war der Streik in sieben Tagen beendet ohne Erfolg für die Gesellen, von denen 173 dabei beteiligt waren, trotzdem sich in einer Versammlung 600 dafür erklärten. Für den Schuhverband sind wir noch jetzt unter der Devise: Ein einzig Volk von Brüdern.

Korn: Es ist ein großer, idealer Gedanke von Karow, daß alle Betriebe dem Schuhverband beitreten sollten, das dürfte aber nicht leicht möglich sein. Wenn es auch immer einzelne gegeben hat, die aus der Notlage Kapital geschlagen haben, so wird das doch nicht abhalten können, daß es Betriebe gibt, die nicht gleich dem Schuhverband beitreten, und daß es Betriebe gibt, welche bei Streiks geneigt sein werden die Wünsche der Gesellen zu erfüllen. Wenn aber beschlossen wird Ortsgruppen zum Arbeitgeber-Schuhverband zu errichten, dann wird die Mehrzahl der Betriebe beitreten. Die Gründe für einen Verband im Verband sind schwerwiegend. Wir wollen durchaus nicht sagen, daß der Arbeitgeber-Schuhverband auch ein Glied des Germania-Verbandes ist. Gehen wir mit dem Gedanken nach Danzig, Ortsgruppen zu gründen. Wie das Endziel sein wird, kann keiner voraussagen. Also zuerst Ortsgruppen gründen, das andere wird sich finden.

Sorn: In unserem Zweigverbande wurde der Antrag gestellt, den Verbandsbeitrag auf 1,25 M zu erhöhen, was auch angenommen wurde, für diese Erhöhung des Beitrages wurde der Beitrag für die Zentralstelle bezahlt. Es liegt vielleicht nahe, auch dadurch den Beitrag zum Schuhverband zu decken.

Mau: Die Ziele der Genossenschaften gehen weit auseinander von den unseren. Wenn die Ansichten des Kollegen Karow durchgingen, könnten wir auch dazu kommen, die Genossenschaften im Fall eines Streiks zu unterstützen. Wir müssen vielmehr alles daran setzen, die Genossenschaften zu bekämpfen.

Hedder-Sträßburg: Wir haben uns mit der Angelegenheit noch wenig beschäftigt, da wir im vorigen Jahr keinen Verbandstag hatten, und somit hat der Vorstand noch keine direkte Stellung genommen. Auf dem diesjährigen Verbandstag werden wir den Punkt besprechen und wäre dabei die Gegenwart des Herrn Dr. Weisphal recht erwünscht. Den Wunsch des Kollegen Karow nach Zustellung von geeignetem statistischem Material, welches zur Agitationsfähigkeit nützen kann, können wir nur unterstützen. Sträßburg und Weh sind international, da heißt es schwer, mit unserer Organisation gleich festen Anschluß zu erhalten.

Brögger-Hannover: Dr. Weisphal schrieb uns, daß er bereit sei, zu uns zu einem Vortrage zu kommen, und bemängelte, daß wir darauf noch nicht mal geantwortet haben. Jetzt ist der Tag festgesetzt und da werden wir in Hannover dazu kommen, eine Ortsgruppe zu bilden. Bisher wurden wir noch von einem Streik nicht betroffen, jetzt aber scheint uns ein solcher bevorzustehen. Weil wir eine Zünftschaft genehmigt bekommen haben, sind die Verbände Sturm gegen uns gelaufen. Die Gesellen hatten Beschwerde beim Minister für Handel und Gewerbe erhoben. Seit Januar erheben wir Beiträge zu der Kasse und waren wegen der endgültigen Bestätigung in gewisser Unsicherheit. Jetzt aber ist vom Regierungsrat Hoffmann die Nachricht gekommen, daß die Beschwerde der Gesellen als unbegründet abgewiesen wurde.

Vorlesender Bernarb: Nachdem diese Punkte die weitestgehende Aussprache gefunden, erhält das Schlusswort Herr

Dr. Weisphal: Es sind von den Rednern verschiedene Anregungen vorgebracht worden, auf die ich nicht alle eingehen kann; ich will nur eine kleine Nachlese halten. Ich möchte betonen, daß ich mit meinen Ausführungen über die meistertreuen Gesellenvereine nicht im Sinne gehabt habe, mich gegen die Bestrebungen zu wenden, sondern wollte nur warnen, daß man sie überschätzt; jedenfalls bilden sie kein Allheilmittel. Die Meisterschaft kann nicht von den Gesellen allein unterstützt werden, sie muß sich selber die Hilfe schaffen. Prinzipieller Widerstand gegen den Schuhverband ist ja von keiner Seite erfolgt. Herr Prüssing hat dem Gedanken Raum gegeben, daß die Entwicklung der Gewerkschaften nicht so schnell vor sich geht und daß darin eine Erklärung eingetreten ist. Das ist nicht der Fall. Ein neues Beispiel: In Ludenwalde, einer Stadt mit noch nicht 25 000 Einwohnern und starker Bevölkerung von Industriebetrieben, hat man früher wiederholt versucht, eine Mitgliedschaft des Gesellenverbandes ins Leben zu rufen. Das war umsonst bis vor kurzem, und jetzt ist bei einer Lohnbewegung die Meisterschaft fast auf alle Forderungen eingegangen, ja man hat es gewagt, zu verlangen, daß dort nur Verbandsgesellen beschäftigt werden sollten! Man ist doch schon weit gekommen, das beweist uns aber, daß man sich auf eine Ruhe nicht verlassen kann, ein Umschwung kann über Nacht kommen, daß die Meisterschaft vor einer vollendeten Tatsache steht. Dann ist es so weit, daß man jeden Wechsel unterschreiben muß, der von den Gesellen kommt. Herr Korn meint, daß die Zeit für die Verbetätigung zu kurz war. Wenn wir München als Ausgangspunkt betrachten, vielleicht ja, aber schon am 13. Februar 1905 ist das erste Rundschreiben in dieser Sache an die Obermeister ergangen. In Hamburg und Dresden hat man schon vorher für den Schuhverband gearbeitet. In der vergangenen Zeit hätte man also schon

etwas mehr erzielt haben können. — Was die Unterstufungsfrage angeht, so heißt es im § 17, daß Vorkottleistungen gewährt werden bis zum Betrage von 2 M pro Arbeitskraft und Arbeitslag bis zur Dauer von 100 Tagen. Man hat demgegenüber gesagt, daß der Meister, welcher allein arbeitet, keine Unterstufung bekommt. Dieser Einwand ist richtig und wird man vor allen Dingen den Meister als unterstufungsbedürftige Arbeitskraft betrachten müssen. Eine dahingehende Statutenänderung wird vorgenommen. Herr Verrer regte Gefahrenlassen für einzelne Betriebe an. Als Grundlage ist aber schon im Statut die Anzahl der Gesellen gedacht, wodurch die Höhe der Beiträge ohnehin verschieden ist. Ausgeschlossen ist es, daß eine Staffellung nach Orten geschieht. Bei den kleinen Orten ist zu berücksichtigen, in welcher Entfernung sie von einer größeren Stadt liegen; je näher an dem großen Ort, desto größer die Gefahr einer Lohnbewegung. Es ist nicht gut möglich, hier einheitliche Normen aufzustellen. Dadurch, daß die Betriebe nach ihrer Größe abgestuft sind, ist allen gerechten Anforderungen nachgegeben.

Mit dem Schuhverband soll kein Verein im Verein oder Verband im Verband entstehen. Diese beiden Organisationen sind verschieden, so daß der Schuhverband außerhalb des Verbandes steht. Durch die Zünftsbeiträge dürfen die Beiträge zum Schuhverband nicht aufgebracht werden, die Zünftsorganisation kann nur verurteilen, Einfluß zu gewinnen, daß die Kollegen sich für die Sache interessieren. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes brauchen nicht im Vorstand des Schuhverbandes zu sein, dieser wird vielmehr von den unmittelbaren Beteiligten gewählt, also von den Mitgliedern des Arbeitgeber-Schuhverbandes. Praktische Vorschläge zur Abänderung der Statuten könnten durch Delegierte der Ortsgruppen erfolgen, die in einer Zusammenkunft näheres beschließen werden. Auf allen Zweigverbandstagen möge auf den Schuhverband hingewiesen und die Bildung von Ortsgruppen angeregt werden. Die Herren, die sich noch nicht für den Anschluß ausgesprochen haben, bitte ich, ihr oft bewährtes Solidaritätsgefühl zu beweisen und nicht abseits zu stehen, wenn der Zusammenschluß erfolgt.

Was lehrt uns nun das Protokoll dieser Verhandlungen des Germania-Verbandes? Zunächst geht aus den wehmütigen Äußerungen des Herrn Dr. Weisphal hervor, daß die Germania-Verbandsleitung mit ihrer Lieblingsidee, dem Arbeitgeber-Schuhverband, elend Schiffbruch gelitten hat! Nur verschwindend wenig Zünfte haben sich demselben angeschlossen, und die sich angeschlossen haben, — sandten die Beiträge nicht nach Berlin an die Zentralstelle an, sondern behielten dieselben an ihrem Orte. Warum? Wegen der traurigen Erfahrungen mit der Zentralstelle für Arbeitsnachweis, schühten sie vor, um damit ihr Mißtrauen gegen die Berliner Leitung des Germania-Verbandes nicht offen auszusprechen zu müssen!

So steht es jetzt in dem „großen, stolzen Germania-Verbande“!

Dazu kommt die schlotternde Angst der Zünftsgehaltigen vor dem Wachstum unserer Organisation und unserer Lohnbewegungen, die wie Pilze aus der Erde schießen und den heiligen Profit dieser Herren bedrohen. Wo heute der Baderverband noch keine Mitglieder hat, kann er im nächsten Jahre schon Hunderte von Mitgliedern haben und uns mit einem Streik beglücken, so klang die Angst aus den meisten Rednern heraus, welche früher so gerne den Mund so voll genommen haben. Sie leben eben jetzt das erfreuliche Wachsen und Gedeihen unserer Organisation, daß zu inhibieren kein Kraut gewachsen ist. Oder doch? Die alte schlesische Leuchte aus Breslau, neben Herrn Bernarb-Berlin, Kälberer-Stuttgart und Mehren-Köln jedenfalls der selbstbeständigste dieser Garde der Reaktion, hat ein Mittel entdeckt, die Gesellen! Diese will er pappeln und pflegen und malt sich schon aus, damit unserer Verband an die Wand drücken zu können. Mit mildem Gähnen schreiten wir auch über diese illusionäre Hoffnung des alten Exzeptionärs hinweg; wir marschieren und zwar von Erfolg zu Erfolg und kümmern uns nicht um das Gefächle dieser Raben!

So sieht es im Bädergewerbe der Stadt Braunschweig aus!

Die Holtenbüttel Polizeibehörde hat bekanntlich schon die Erfahrung gemacht, daß in den Bädereien und Konditoreien teilweise eine faumwägige Schweinerei herrscht und hat eine bessere Beaufsichtigung der Betriebe verlangt. Diese Betriebsbesichtigung in Betrieben der Stadt Braunschweig, wie erst jetzt wieder, in einer vor kurzem aufgenommenen Enquete des Baderverbandes festgestellt worden ist. Geradezu zum Himmel stinkende Mißstände sind dabei aufgedeckt und jede einzelne Bestimmung der ministeriellen Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb von Bädereien und Konditoreien vom 17. April 1903 wird von den ehrbaren Badermeistern systematisch übertreten, von den Kollegen derselben Leute, der Fetter und Harde, was die in der Handwerkskammer verlangten, daß den Badermeistern die Kontrolle über die Durchführung der Vorschriften selbst übertragen werden müsse. Unter Zustimmung des Regierungsrates Dr. Stegmann, der erklärte, daß der Minister Hartwig wohl bereit sein werde, die Kontrolle den Handwerkskammern zu übertragen, da den Polizeibehörden durchaus nichts daran liege, dieselbe auszuüben, wurde sofort eine Kommission von Badermeistern gewählt. Und erst jetzt wieder, in der Handwerkskammer-Sitzung am 5. April d. J., forderte derselbe Herr Harde, erneut die Ausübung der Kontrolle durch die Badermeister. Wie die Aufsicht durch die Polizeibehörde beschaffen ist, ist mannigfaltig bekannt. Die Gewerbeinspektion, zu welcher die Arbeiter allein noch Vertrauen haben können, kümmert sich um die Baderbetriebe überhaupt nicht, weil sie zu stark überlastet ist. Hören wir nun, was der Baderverband ermittelt hat. Leider sind die ausgegebenen Fragebogen nur von den Gesellen aus 37 Betrieben mit 69 Gesellen, 26 Lehrlingen und 19 ungelerten Arbeitern beantwortet worden, so daß wahrscheinlich noch weit „idyllischere“ Zustände aus Tageslicht gefördert worden wären, wenn aus allen Betrieben Antworten vorlägen. Die Zahl der Gehülsen, Lehrlinge und ungelerten Arbeiter verteilt sich auf die einzelnen Betriebe wie folgt: 6 Bädereien mit je 1 Gehülse, 3 mit je 1 Gehülse und 2 Lehrl., 7 mit je 1 Geh. und 1 Lehrl., 2 mit je 1 Geh., 1 Lehrl. und ungel. Arbeiter, 3 mit je 1 Geh. und 1 ungel. Arbeiter, 2 mit je 2 Geh. und 2 Lehrlingen, 2 mit je 2 Geh., 1 Lehrl. und 1 Arbeiter, 3 mit je 2 Geh. und 1 Arbeiter, 1 Bäderei mit 2 Geh., 1 mit 3 Geh. und 1 Arbeiter, 1 mit 4 Geh., 2 Lehrl. und 3 Arbeitern, 1 mit 5 Geh. und

1 mit 9 Geh., 1 Lehrl. und 2 Arbeitern. Das Alter der Gehülsen, ausgenommen der 5 Beschäftigten bei der Brotfabrik Böhre, die 32—49 Jahre alt sind, schwankt zwischen 17 und 20 Jahren. Letzteres Alter hatte jedoch nur 1 Gehülse, 29 Jahre sind 2, 27 und 28 Jahre je 1 Gehülse, während die übrigen 17 bis 26 Jahre alt waren. Das Durchschnittsalter betrug nicht mehr wie 22 Jahre. Fast man diesen Umstand ins Auge und erwägt man ferner, daß von diesen 64 Gehülsen nur einer verheiratet ist, so findet man hier wieder — was schon des öfteren hervorgehoben wurde — das Bestreben der Badermeister beständig, ältere werdende Leute abzuschütteln und vorwiegend jüngere Leute zu beschäftigen. Beachtenswert ist, daß ein Gehülse 2½ Jahre, zwei Gehülsen je 1½ Jahre, ein Gehülse 1 Jahr in einer Stellung, während die übrigen Gehülsen nur 14 Tage bis 8 Monate beschäftigt waren. Die Durchschnittsdauer der Beschäftigung ist auf kaum vier Monate zu berechnen. Die tägliche Arbeitszeit der Gehülsen beträgt in 1 Betrieb 17 Stunden, in 8 Betr. 14—15 Stunden, in 9 Betr. 12—13 Stunden, in den übrigen Betrieben 9—11 Stunden. Die Arbeitszeit der Lehrlinge darf nach der Bundesratsverordnung in dem ersten Jahre nur 10 Stunden, in dem zweiten nur 11, in dem dritten Jahre nicht länger wie bei den Gehülsen dauern. Bei diesen Erhebungen ist wieder festgestellt worden, daß in 2 Betrieben Lehrlinge täglich 17 Stunden, in 2 Betrieben 16 Stunden, in 5 Betrieben 14 bis 15 Stunden, in 3 Betrieben 12 bis 13 Stunden beschäftigt werden. Durch die Verordnung festgelegte Ruhepause wird Werktags in 7 Betrieben, Sonntags in 11 Betrieben überhaupt nicht gewährt. In den meisten Bädereien gibt es keine bestimmten Essenspausen. Die Sonntagsarbeit wird in 23 Bädereien übertreten. Während in 3 Betrieben 13 Stunden von Sonnabend auf den Sonntag gearbeitet wird, müssen in einem Betriebe Lehrlinge 17 Stunden arbeiten und zwar von nachts 11 Uhr bis Sonntags nachmittags 4 Uhr, fürwahr die brutalste Menschenquälerei. In sämtlichen Bädereien hängt die Bundesratsverordnung und Kalendertafel aus. Wie wenig diese aber von den Arbeitgebern beachtet wird, zeigt, daß in 14 Betrieben, in denen fast täglich über die Maximalarbeitszeit gearbeitet wird, diese Ueberstundenarbeit auf der Kalendertafel überhaupt nicht bemerkt wurde. Polizeiliche Revisionen waren auf der Kalendertafel in 11 Betrieben je 2 mal, in 7 Betrieben je 1 mal, in 9 Betrieben überhaupt nicht bemerkt. Die Löhne der Gehülsen bewegen sich zwischen 5,50 bis 12 M. Der wöchentliche Durchschnittsverdienst beträgt 8 M. und das bei einer Arbeitszeit von 62—118 Stunden. Was die Arbeitsräume anbetrifft, so sind diese teils zu klein und teils ist die nötige Ventilation nicht vorhanden. In einige Arbeitsräume bringt nicht einmal das Tageslicht hinein, so daß während der Tageszeit künstliche Beleuchtung angewendet werden muß. In zwei Betrieben befindet sich dicht am Badraum der Abort, so daß in einem Badraum, veranlaßt durch den schlechten Abfluß, der Fußboden fortwährend mit Jauche überflutet ist, die bei der Herstellung der Badware einen ekelhaften Geruch verursachen soll. Ueber die Schlafräume wird fast in jedem Betriebe Klage geführt. In 17 Betrieben befinden sich die Schlafräume unter dem Tage. Dieselben sind im Winter durchweg feucht und kalt, im Sommer dagegen zu heiß. In 16 Schlafräumen befindet sich kein Tisch, in 13 befindet sich kein Stuhl, in einem befindet sich kein Kleiderkasten, in einem Schlafraume regnet es durch. In zwei Betrieben müssen zwei Personen wegen Mangel an Betten zusammen schlafen. In vier Betrieben wurden die Betten beim Personenwechsel nicht überzogen. Zwei Schlafkammern sind so feucht, daß die Anzüge der Gehülsen mit weißem Schweiß überzogen sind. Die Betten sind innerhalb einer Woche derartig feucht, daß der Gehülse daselbst auf dem Boden trocknen muß, um ein trockenes Bett zu haben. In 22 Betrieben müssen die Arbeitsräume, entgegen dem § 5, Abs. 2 der Verordnung, als Schlafräume für die Gehülsen und Lehrlinge benutzt werden, da kein besonderer Raum zur Verfügung steht. Das Essen wird teilweise in den Bädereien eingenommen. Daß die Viehbrotküche (Leichtküche) in einigen Bädereien geradezu von Schmutz starr sein müssen, zeigt, daß dieselben in einem Betriebe seit 3½ Jahren, in zwei Betrieben seit 2½ Jahren, in drei Betrieben seit einem Jahre nicht gewaschen sind. In einem Betriebe werden Mehlwäse (!) als Leichtküche benutzt, während andererseits die Tücher in einem Betriebe nach dreiviertel Jahren (!), in fünf Betrieben nach drei Monaten, in einem Betriebe nach zwei Monaten und in einem Betriebe erzeulicher Weise jede Woche gereinigt werden. In den übrigen Betrieben konnte von den Gehülsen nicht festgestellt werden, wie oft dieselben gereinigt werden. In fünf Betrieben ist dem Personal ein besonderer Raum als Waschkraum angewiesen, in drei Betrieben sind Badeeinrichtungen vorhanden, in den übrigen Betrieben gibt der Badraum als Waschkraum. In 23 Betrieben wird den Gehülsen und Lehrlingen keine Seife geliefert. In 33 Betrieben sind keine Spundnäpfe vorhanden. Die Ministerialverordnung schreibt aber vor: „Das Ausputzen auf den Fußboden ist streng zu unterlagen.“ (§ 5, Abs. 3.) In einem Badraum haben die Katten ihr Heim aufgeschlagen. Ueber große Mäuseplage wird in einigen Betrieben Klage geführt. In einem Betriebe wird besonders über großen Schmutz im Schlaf- und Badraum geklagt. Die Tröge sollen unbedeckt sein; die Flüssigkeit, die durch dieselben fortwährend auf den Fußboden läuft, soll einen wahren Pestgeruch verursachen. In einem Betriebe ist den Gehülsen als Waschkübel ein Wassertubus zur Verfügung gestellt, welcher gleichzeitig zum Brotbestreichen benutzt wird. Ein Kollege berichtet aus einer größeren Sonntagsbaderfabrik: „In einem Siebeimer waschen sich zehn Personen die Hände; außerdem wird dieser zum Säubern von Badtrögen und Karren genommen. Die Pfefferkörner werden mit einer Schaufel aus der Vorratskiste genommen, welche sonst zum Kohleneinräumen gebraucht wird. Zum Waschen der Arbeitsräume werden die Pinsel genommen, die nachher wieder zum Reinigen (Reinigen) in der Sonntagsbaderfabrik benutzt werden. Der Mist von zwei Aborten und 10 Schweinen wird durch den Laden gebracht. Die Badware bleibt in demselben dabei unbedeckt liegen. Vor Gestank muß man rennen oder die Nase zuhalten, sonst ist es nicht zum Aushalten.“ Man sieht hieraus, daß allein schon im Interesse des konsumierenden Publikums eine unbedingte Abhilfe auf geistlichem Wege gefordert werden muß. Eine vom braunschweigischen Ministerium im Jahre 1903 herausgegebene Sanitätsverordnung mit dem Zweck, sanitäre Zustände zu schaffen, hat in keiner Beziehung Abhilfe geschaffen, was ja auch ersichtlich ist, da das Ministerium zur Durchführung dieser

1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 26

Unsere Lohnbewegungen.

Die Verhandlungen in Leipzig gescheitert.

Nachdem die Verhandlungen in Leipzig zwischen der Innung, dem Gesellenausschuß und weiteren Vertretern durch das schmutzige Verhalten der Gelben und durch die brutale Ablehnung jedes Zugeständnisses der Innung resultatlos verlaufen waren, beriefte in einer gut besuchten Versammlung am 16. Mai Kollege Freitag über diese Verhandlungen. Allmann kritisierte mit aller Schärfe das erbärmliche Verhalten und den elenden Verrat der Klimbber, die sonst immer vorgeben, daß sie nur zum Zweck der Geselligkeit gegründet sind, aber jetzt entbieten, daß sie auch zu schmutzigsten Subsidien und etwelchem Verrat ihrer Kollegen zu gebrauchen sind. Leider war diese Garbe in der Versammlung gar nicht vertreten und die erschienenen Kollegen gaben ihrem Unwillen über das Treiben dieser Gesellschaft lauten Ausdruck. Nachdem noch Kollege Rahl und andere Redner die Situation beleuchtet, beschloß die Versammlung der Verbandsleitung und dem Gesellenausschuß weitere Vollmachten zu erteilen, die Schritte zu unternehmen, welche sie im Lohnkampfe für notwendig hielten. Am nächsten Tag nahm Kollege Allmann Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, der auch versprach, alles zu tun, was in seinen Kräften stehe, um noch Verhandlungen und einen friedlichen Abschluß des Lohnkampfes zu Stande zu bringen. Wie uns jetzt mitgeteilt wird, haben die Herren Innungsmacher jeden Einigungsversuch von dieser Seite abgelehnt. Sie werden also die Verantwortung dafür übernehmen, wenn nun der Lohnkampf schärfere Formen annehmen wird, denn die Wand zum Frieden ist ihnen oft genug geboten worden. Wahrscheinlich haben die Herren im Jahre 1900 beim Streit noch genug Lehrgeld bezahlt und gehen darauf aus, jetzt weitere Vorbeeren zu ernten. Uns kann es recht sein. Aber unsere Kollegen in Leipzig müssen jetzt einmütig und geschlossen zusammenstehen und der Innung gegenüber ihre Rechte energisch fordern, den gelben Verrätern aber zeigen, was jeder ehrliche Mensch von ihren Schandthaten hält!

Die Lohnbewegung in Bremen.

In Vorgesprächen unseres Leiters mit dem Herrn Gewerberichter und den Obermeistern beider Innungen in Bremen war vereinbart worden, daß am 21. Mai eine Verhandlung stattfinden sollte. Zu derselben war die Weibbäckerei durch drei und die Grobbäckerei ebenfalls durch drei Vorstandsmitglieder vertreten, unsere Kollegen waren durch Allmann und Albrecht vom Verbandsrat und von jedem Gesellenausschuß der beiden Innungen zwei Mann vertreten. Kollege Albrecht begründete die Hauptforderung: Beseitigung von Kost und Logis. In endloser Debatte brachten die Herren alle die alten Klauer gegen diese Forderung vor, und als Allmann das feststellte, daß er in jeder Stadt genau daselbe zu hören bekomme, was schon tausendfach durch die Tatsachen widerlegt sei, behaupteten die Innungsvertreter, daß sich Bremen mit den anderen Städten nicht vergleichen lasse. Der Gewerberichter Herr Dr. Meyer leitete die Verhandlungen sehr geschickt und verhandelte nun erst mit den Meistern allein. Als Angebot derselben gab er dann bekannt, daß in jeder Bäckerei mit mehr als zwei Gesellen immer ein Mann und zwar der erste Geselle Kost und Logis außer dem Hause bekommen sollte. Darauf konnten sich unsere Vertreter nicht einlassen. Nach abermaligen langen Verhandlungen wurde seitens des Verhandlungsleiters das Angebot unterbreitet: „In jeder Bäckerei mit mehr als zwei Gesellen dürfen nur zwei Mann Kost und Logis im Hause des Meisters haben, alle anderen müssen außer dem Hause sein.“ Auch dieses Angebot war unseren Kollegen zu wenig und auf Vorschlag des Kollegen Allmann ging man erst zu den anderen Forderungen über. Da entspann sich über die Forderung: „Die Arbeitszeit ist eine zwölfstündige, jedoch müssen den Gehülfen die nötigen Pausen zum Essen gelassen werden.“ eine uferlose Debatte. Besonders der Obermeister Müller wandte sich scharf dagegen und wollte einen Wochenturnus von 24 Stunden festgesetzt wissen. Allmann mußte ihm erst nachweisen, daß derartige die Bundesratsverordnung gar nicht zuläßt, und im übrigen erklärte er, daß es geradezu skandalös sei, denn während in allen anderen Berufen die Arbeiter um die Festlegung auf täglich 9 Stunden kämpfen, wollen die Bremer Bäckermeister nicht einmal 12 Stunden anerkennen. Nach scharfen Auseinandersetzungen gaben zunächst die Vertreter der Grobbäckerei ihre Zustimmung zu der Forderung und schließlich mußte auch Herr Müller als letzter seinen Widerstand aufgeben.

Darauf wurden nach kurzen Debatten nach jeder anderen Forderung dieselben angenommen, nur mit der Änderung, daß es anstatt Festlegung von sechs Schichten pro Woche in Grobbäckereien heißen soll: „Schwarzbrötchen wird Sonntags nicht gebacken.“ Wo das dennoch geschehen muß, ist es mit Ueberstundenlohn zu bezahlen.“

Nun griff man wieder zur Hauptforderung zurück, kam aber zu keiner Einigung und wurde beschlossen, erst am Samstagsfesttag von beiden Parteien Versammlungen abzuhalten und sich in diesem Punkte Vollmachten von den Versammlungen erteilen zu lassen und dann am Freitag weiter zu verhandeln.

Wir wollen erwarten, daß sich die Herren Bäckermeister in Bremen zu weiteren Zugeständnissen in dieser Angelegenheit bequemen werden, und daß müssen sie tun, wenn ihnen daran gelegen ist, den Streit zu vermeiden.

Zur Lohnbewegung in Braunschweig.

Am 18. Mai waren die Kollegen in Braunschweig wieder vollständig versammelt, um den Bericht entgegenzunehmen über die bisherigen Verhandlungsversuche, die von unserer Lohnkommission eingeleitet waren, aber alle an dem prozenthaften Sturz der Innungsfrauer gescheitert sind. Kollege Zimmerhadel erläuterte zunächst darüber Bericht, wie er mit Kollegen Dieker und Severin erst bei dem Obermeister Kettler war, dieser aber erklärte, er habe nichts mit der Lohnbewegung zu tun und die Kollegen zu dem zweiten Obermeister Schilling schickte. Dieser erklärte auch mit der Lohnbewegung nichts zu tun haben und meinte: „Kettler will sich wohl bloß davon drücken.“ Die Versammlung war schon darüber empört, aber noch

mehr über das famose Schreiben der Innung, welches der Kollege Allmann zerplückte. Nach dessen Ausführungen müssen die Herren in ihrem Innungsvorstand nicht einmal einen Mann haben, der deutsch sprechen und schreiben kann, davon zeugt das famose Antwortschreiben der Innung. Dem Rufe aus der Versammlung, daß nun gestreift werden müsse, trat Kollege Allmann noch entgegen und schlug der Versammlung vor, noch einen letzten Versuch durch den Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu machen, um eine Einigung über die strittigen Forderungen herbeizuführen. Dem stimmte die Versammlung zu. Am nächsten Tag begaben sich die Kollegen Allmann, Zimmerhadel und Severin zu dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts. Dieser Herr wollte aber nur verhandeln, wenn die Mitglieder des Gesellenausschusses alle zu ihm kommen und um seine Vermittlung bitten würden. Letztere taten das nicht, und so war auch der letzte Einigungsversuch gescheitert.

Zum Montag war nun plötzlich eine Gesellenversammlung einberufen, in der unsere Mitglieder gut vertreten waren. Der Innungsvorstand eröffnete diese und gab auf die Frage nach dem Einberufen zu, daß er mit einigen Herren vom Gesellenausschuß diese einberufen habe. Die Herren vom Innungsvorstand warnten vor dem Streit und erklärten, daß sie gern eine kleine Lohnzulage geben wollten, sich aber nicht auf die Beseitigung von Kost und Logis einlassen könnten.

Ihre angeführten Scheingründe gegen diese Forderung wurden von den Kollegen mit lautem Gelächter aufgenommen, und unter allgemeiner Heiterkeit ging die Versammlung auseinander. Der Zweck, den die Herren verfolgten, Uneinigkeit unter unsere Kollegen zu tragen, ging nicht in Erfüllung, und wie begoffene Bübel mußten die Innungsmacher davonziehen. So war auch diese Mache und der Verrat einiger Gesellenausschussmitglieder zu nichte gemacht und die Kollegen verpflichtet sich, alle in der am 23. Mai stattfindenden entscheidenden Versammlung zu erscheinen. Mittlerweile sind die Forderungen bereits den einzelnen Meistern zugestellt und wird die Versammlung entscheiden, ob die Kollegen in den Streit treten oder nicht. Aus den Machinationen der Innungsleiter und einiger Kollegen, die als Helfershelfer dienen, ist aber zu erkennen, daß in Braunschweig der Kampf schwer werden wird, und ergibt an die dortigen Kollegen in ihrem eigenen Interesse die Aufforderung, jetzt fest zusammenzustehen und sich nicht einlassen zu lassen von den Versprechungen der täuschenden Innungsmacher, die nicht einmal deutsch schreiben können, sondern dem famosen „bergrößten“ Innungsvorstand zu zeigen, daß die Geduld unserer Kollegen nun auch einmal ihr Ende gefunden hat!

Der Zug nach Braunschweig ist mit allen Mitteln fernzuhalten!

Lohnbewegung in Thorn.

Auf die eingereichten Forderungen war bis zu unserer Versammlung am 11. Mai noch keine Antwort von der Innung eingelaufen und erst am Tage darauf lief ein Schreiben ein, in dem Verhandlungen angekündigt wurden; daselbe sieht aber so aus, als wollten die Meister eine Verschleppungsstrategie betreiben, und werden wir deshalb auf der Hut sein müssen. Es lautet:

Bäcker-Innung Thorn. Thorn, den 11. Mai 1906.

An die Herren Bäckermeister, Thorn.
Auf Ihre Botschaft teile ich mit, daß die Innungsversammlung vom 8. d. Mts. beschlossen hat, mit den Gesellen in Bezug auf deren Wünsche in Verhandlung zu treten. Als Kommission der Meister ist der Innungsvorstand gewählt worden.

Wir eruchen, sechs bei hiesigen Innungsmeistern arbeitende Gesellen zu wählen und dieselben der Innung bekannt zu geben. Der Vorstand wird dann die Herren zu einer Besprechung einladen.

Achtungsvoll
Der Vorstand der Bäcker-Innung.
D. Stuckso.

Da dürfte es wohl bald zu Verhandlungen kommen, und wird das weitere die zum 23. einberufene Versammlung beschließen.

Lohnbewegung in Speyer.

Ueberrascht wird mancher Kollege sein, wenn er liest, daß auch hier unsere Kollegen im Lohnkampfe stehen. In mehreren öffentlichen Versammlungen wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für dringend verbesserungsbedürftig gehalten und am 24. April folgende Forderungen an die Innung eingereicht, mit dem Ersuchen, bis 30. April Antwort an den Kollegen Strobel, Obere Langgasse, gelangen zu lassen. Der festgesetzte Termin ging vorüber, Antwort wurde von der Innung nicht gegeben, weshalb am 4. Mai seitens der Lohnkommission jedem Meister die Forderungen zugestellt worden sind, welche lauten:

1. Die Kost wird den Gehülfen nicht mehr vom Arbeitgeber gestellt. Als Entschädigung wird den Gehülfen ein tägliches Kostgeld von 1.50 M. bezahlt. Frühstück und Brot zum eigenen Gebrauch wird den Gehülfen unentgeltlich verabreicht.
2. Der Minimallohn beträgt pro Woche für Schieber einschließlich des Kostgeldes 22-24 M., für zweite Gehülfen 20-22 M., für dritte Gehülfen 18-20 M. Wo nach Hinzurechnung des Kostgeldes schon mehr bezahlt wird, darf keine Kürzung eintreten.
3. Die Arbeitszeit richtet sich nach der Bundesratsverordnung. Ueberstunden, welche durch Mehrarbeit entstehen, werden pro Mann und Stunde mit 50 % vergütet.
4. Die Lohnzahlung findet jeden Sonntag nach Arbeitslohn statt.
5. An Sonntagen muß die Arbeit morgens 8 Uhr beendet sein. An den hohen Feiertagen Ostern, Pfingsten und Weihnachten ruht die Arbeit vom zweiten Feiertag morgens 8 Uhr bis dritten Feiertag abends 8 Uhr und dürfen während dieser Zeit keinerlei Neben- und Vorarbeiten von den Gehülfen, Lehrlingen und Hilfsarbeitern verrichtet werden.
6. Die Arbeitskräfte sind vom Arbeitsnachweis des Verbandes zu beziehen.
7. Nur solche Gehülfen werden beschäftigt, welche im deutschen Bäckerverbande organisiert sind.
8. Diese Arbeitsbedingungen sind als Tarifvertrag festzulegen und gelten vom 1. Mai 1906 bis 30. April 1908, und wenn von keiner Seite mindestens einen Monat vor

Ablauf dieser Frist Kündigung erfolgt, jeweils auf ein weiteres Jahr.

9. Es ist ein Tarifamt, zu gleichen Teilen aus Gehülfen und Meistern zusammengefasst, zu bilden, mit einem unparteiischen Vorsitzenden.

Das Tarifamt hat alle aus diesem Vertrage entstehenden Streitigkeiten zu schlichten.

10. Der Tarif erstreckt sich auf sämtliche Bäckereien von Speyer und ist an sichtbarer Stelle in jedem Arbeitsraum anzubringen.

Bis 7. Mai sollte von jedem Meister die Antwort einlaufen; vorher erklärte man aber dem Allgeheilen, daß die Innung erst am 10. Mai eine Versammlung abhalten würde, um zu den Forderungen Stellung zu nehmen; nach derselben würde man sofort antworten.

Von den Kollegen wurde auch dieser Termin noch abgewartet, hoffte man doch, daß man einigermaßen annehmbare Zugeständnisse gemacht bekäme, aber hierin hat man sich getäuscht.

Wie überall, so haben auch die hiesigen Bäckermeister ihre sozialpolitische Rückständigkeit bewiesen. Man glaubte bei Aufstellung der Forderungen entgegenkommen bei den Arbeitgebern zu finden, es dürfte dies um so mehr angenommen werden, nachdem Herr Bäckermeister Ebbach in einer am 4. Februar d. J. abgehaltenen Gesellenversammlung wirklich ausagte: „Wenn heute die Bäckergehülfen Kost und Logis aus dem Hause des Meisters haben wollen, so würde ihnen das auch gewährt werden.“ Alle jüngeren Bäckermeister würden dies tun, nur einige alte könnten sich sträuben.“

Nach 3 Monaten heißt es aus demselben Munde: Die Forderungen der Gehülfen können nicht bewilligt werden.

Nach der am 10. Mai abgehaltenen Meisterversammlung sandte die Bäcker-Innung der Lohnkommission der Gehülfen folgende Antwort:

Speyer, den 10. Mai.
An die Lohnkommission der Bäckerei Speyer.

Zu Händen des Herrn Strobel.
In der heutigen Generalversammlung der Bäckerei Speyer wurden mit 38 gegen 1 Stimme sämtliche Forderungen der Lohnkommission abgelehnt, indem die Verhältnisse im Bäckergewerbe Speyer so niedrig sind, daß es absolut unmöglich ist, solche Forderungen zu genehmigen. Es würde den Ruin vieler Geschäfte bedeuten, doch trotzdem sind die Meister gewillt, den Lohn der Gehülfen den Verhältnissen entsprechend aufzubessern.

Im Namen der Bäckerei Speyer.
J. B. S. Großhans.

Zu gleicher Zeit veröffentlichte die Bäckerei die Forderungen der Gehülfen als Eingeladene in den Speyerer Zeitungen mit dem Schlussatz:

„Wir überlassen es jedem rechtlich denkenden Menschen, selbst darüber zu urteilen, ob diese Forderungen gerecht sind oder nicht, zumal die hiesigen Geschäfte meistens kleine Betriebe sind, wo durchweg jüngere, unverheiratete Leute beschäftigt werden. Die gestellten Forderungen der Gehülfen können die Meister somit nicht anerkennen, sie sind aber gewillt, eine den Verhältnissen entsprechende Aufbesserung des Lohnes zu gewähren.“

Hier muß denn doch die Frage aufgeworfen werden, ob die Forderungen der Bäckergehülfen wirklich derart sind, daß dieselben den Ruin vieler Geschäfte als Folge haben könnten. Die Bäckergehülfen fordern, daß man ihnen für die seither gewährleistete Kost vom Bäckermeister 1.50 M. täglich Entschädigung gibt. Trifft nun das zu, was hier als Grund der Nichtbewilligung angeführt wird, so gestehen die Bäckermeister selbst zu, daß sie durch Verabreichung der Kost an ihre Gehülfen einen erheblichen Verdienst haben und durch Beibehaltung dieses Systems ihre Geschäfte aufrecht erhalten wollen. Die Einwände der Meister, daß nur jüngere, unverheiratete Gehülfen beschäftigt werden, sind keineswegs stichhaltig. Uebrigens dürfte dieser Grund als Nichtgenehmigung der Forderungen nicht ernst genommen werden, weil ja die Bäckermeister stets nur jüngere Arbeiter haben wollen. Die Herren sträuben sich mit aller Macht dagegen, Reformen, die im Bäckergewerbe notwendig sind, einzuführen. Alles Mögliche versucht man nun im Meisterlager, um die Lohnbewegung zu nichte zu machen. Obwohl der Obermeister Karl Münzinger, als er die Forderungen der Gehülfen erhielt, meinte, 1.50 M. Kostgeld pro Tag wäre keineswegs zu viel verlangt, will man jetzt hierauf nicht eingehen. Durch die versprochene Lohnerhöhung werden die Gehülfen sich nicht fördern lassen, nach wie vor werden sie für ihre Forderungen mit aller Energie eintreten. Welche Zumutungen man nun an die organisierten Gesellen stellt, davon legt nachstehender Brief, welcher vom Bäckermeister Reim seinen Gehülfen diktiert wurde, einen Beweis ab:

Herrn Strobel hier.
Besondere Verhältnisse habe sehr ich mich veranlaßt, unterem heutigen aus dem Bäckergehülfenverband aus zu treten.

Geschäftsvoll Ludwig Dieker.

Eine am 11. Mai abgehaltene öffentliche Versammlung, die sehr gut besucht war, nahm Stellung zur Antwort der Kollegen Strobel, nicht in den Streit einzutreten, sondern durch Verhängung des Boykotts soll den Forderungen Geltung verschafft werden. Eine Sitzung des Gewerkschaftsrates, die am 15. Mai stattfand, schloß sich diesem Beschluß an und beauftragte den Vorstand, die Lohnbewegung der Bäckergehülfen auf jede nur mögliche Art zu unterstützen. Bis 11. Mai hatten sechs Bäckermeister die Forderungen bewilligt. Seitens der Innung will man aber der Bevölkerung Sand in die Augen streuen, indem sie folgende Schwindelnachrichten in die bürgerliche Presse lancieren:

Zur Nichtigstellung
des Artikels in der „Bläulichen Post“ diene, daß nicht fünf, sondern nur ein Meister die Forderungen bewilligt hat, aber selbst keine Gehülfen beschäftigt.

Die Bäcker-Zwangs-Innung.

Noch weitere Gerüchte werden von den Bäckermeistern verbreitet. Um den Beweis zu liefern, wie „human“ die Herren Arbeitgeber sind, sagt Bäckermeister J. Großhans, er habe seine Gehülfen gefragt, ob sie die Kost herausbezahlt haben wollen, worauf diese erklärten, daß es ihnen lieber sei, beim Meister zu essen. Demgegenüber sei festzustellen, daß dieses nur plumper Schwindel ist, da Herr Großhans sich in der Innungsversammlung, nachdem ihm vorgehalten wurde, daß er auch bewilligen wolle, äußerte:

Davon weiß ich nichts, ich habe überhaupt mit meinen Gehilfen darüber nicht gesprochen. Daß es die Bäckermeister mit der Wahrheit nicht genau nehmen, geht hieraus zur Evidenz hervor, doch will man durch berattene Maschinen dem Publikum Sand in die Augen streuen und den Gehilfen die Sympathie desselben rauben. Weiter sei noch bemerkt, daß eine Anzahl Bäckermeister ihre Gehilfen mit einer Lohnerhöhung abspießen wollen. Die Gehilfenchaft nimmt dieselbe auch ohne weiteres an, damit wird aber von den Bäckergehilfen nicht eine Forderung fallen gelassen, noch wie vor halten sie an den gestellten Forderungen fest und ist mit der Lohnkommission das Recht eingeräumt, Unterhandlungen mit den Meistern zu pflegen. Die Bäckermeister betonen, nur deshalb die Forderungen nicht zu bewilligen, weil nur jüngere Arbeitskräfte beschäftigt werden. Dieses ist nur eine leere Ausrede. Bei Bäckermeister Geiß, Ludwigstraße, ist ein verheirateter Gehilfe 5 Jahre in Arbeit, als dieser letzten Sonntag ausdrücklich forderte, man solle ihm die Kost herauszahlen, antwortete man ihm: „Solche Dinge mache ich nicht, lieber gehe ich mein Geschäft auf.“ Der Gehilfe erwiderte hierauf: „Dann kann ich ja gehen.“ worauf Geiß sagte: „Sie können noch 14 Tage bei mir bleiben, selbst Sie aber früher Arbeit bekommen, können Sie auch früher gehen.“ Die Handlungsweise kennzeichnet so recht die jämmerliche Innungsherrschaft, man will absolut von dem alten Topf nicht ablassen.

Das Verhalten unserer Kollegen ist ein unangenehm, auf seine Sonderabmachungen lassen sie sich ein. Bis heute den 19. Mai haben 12 Bäckermeister die Forderungen bewilligt. Vorhanden sind 51 Bäckermeister, wovon 37 Gehilfen beschäftigen. Den Kollegen rufen wir zu: Haltet weiter aus im Kampfe, bis auch der letzte Bäckermeister die Forderungen bewilligt hat.

In Pagan wurde im Badergewerbe zwischen Meistern und Gehilfen ein auf zwei Jahre gültiger Tarifvertrag vereinbart, welcher folgende Regelung enthält: 1. Auszahlung eines Monatslohn für Abendbrot von täglich 30 S. 2. An Sonn- und Feiertagen von Auszahlung von Abendbrot und Karfreitag für Mittagsbesorgung und Abendbrot 90 S. 3. Entlohnung der Baderbetriebe in drei Klassen mit folgenden Minimallohn: 1. Klasse, 5 und mehr Gehilfen, Schiefer 15, Mischer 13, Schwarzmischer 12, Wigenmischer 10, Posler 8, 7 und 6 A. 2. Klasse, 3 und mehr Gehilfen, Schiefer 12, Mischer 10, Schwarzmischer 9, Posler 7 und 6 A. 3. Klasse, 1 und 2 Gehilfen, Schiefer 10, Mischer 8 oder Posler 450 A. 4. Der Tarif tritt in Wirksamkeit ab Sonntag den 13. Mai und dauert bis 1. April 1908. Die anderen Abzüge des Tarifs, die teils die Regelung der Auszahlung des in Pagan 1 und 2 genannten Lohnes und der Entlohnung, teils die Durchführung des Tarifs und der bisher höheren Löhne betreffen, sind ebenfalls von der Versammlung ohne Änderung einstimmig akzeptiert worden. Unsere Kollegen wissen, daß in Pagan die Lohnbewegung von den Christlichen eingeleitet wurde, die ursprünglich noch weniger gewährt hatten, als hier in dem Tarifvertrag festgelegt ist. Erst durch das Eingreifen unserer Organisation konnten sie sich dazu, mit uns gemeinsam einen höheren Lohn zu stellen. Ist nun auch das Ergebnis sehr wichtig, so erwarten wir doch von unseren Kollegen in Pagan, daß mit Energie die Organisation ausgeht, um das wenige Errungene in allen Baderbetrieben durchzusetzen und dann nach zwei Jahren bei Ablauf dieses Tarifes aus der Verband so gewahrt sein, daß mehr errungen werden kann.

Lohnbewegung in Danzig.

Unser Versammlung am 10. Mai wurde bekanntlich von den Verhandlungen zwischen den Baderbetrieben zu, aber in der angestrebten Resolution wurde auch festgestellt, daß weitere Ausnahmen von den Forderungen aus keiner Fall möglich ist und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß auch die Arbeitsverhältnisse der Abwachen zurecht kommen.

Es kam aber anders und durch die Stellungnahme der Meisterversammlung wurde die Einigung ausgesetzt. In allen Fragen ist ein Einverständnis erzielt, nur um die Verlegung des Son- und Feiertages mag es nun zu einem eintägigen Kampfe kommen. Die Meister haben wohl 12 A. Lohnzahlung für Son- und Feiertag bewilligt, wollen nun aber ihren Gehilfen das geben und nur in den Betrieben, in denen 3 Gehilfen beschäftigt sind, ohne Rücksicht auf Zahlungen oder Hausarbeiten soll der erste Gehilfe außer Son- und Feiertag kommen. Dann können fast gar keine Gehilfen aus den Baderbetrieben der Meister heraus und Verheiratete beschäftigen man eben nicht.

Am letzten Verhandlungstag ließen sich die Kollegen nicht ein und mit Enttäuschung wichen alle Meister in der Versammlung am 20. Mai des Angebot zurück. Obwohl der Innungsvorstand in einem Schreiben erklärt, daß er zu weiteren Verhandlungen keine Vollmacht habe, schlug die Lohnkommission eine Vermittlungsaktion vor und die Kollegen Jäger und Walchke erklärten, tags darauf bei der Sitzung zu erscheinen, den Jäger — 2 Gehilfen oder Hausarbeiter gelten als einen Gehilfen — zu dem Angebot zu erklären und damit die Abmachungen dann endgültig auszusprechen. Die Versammlung lehnte das rundweg ab, dagegen gelangte zur einstimmigen Annahme folgender Antrag:

Der heute tagende Versammlung der Danziger Baderbetriebe lehnt das vorliegende Angebot der Arbeitgeber ab und beauftragt die Lohnkommission bei der morgigen Sitzung mit dem Innungsvorstand, die Interessen der Baderbetriebe zu vertritt und an den ihnen gestellten Forderungen festzuhalten. Ist aus diesem Tage kein Resultat zu erzielen, dann wird die Lohnkommission beauftragt, die ursprünglich gestellten Forderungen mit vollständiger Befestigung des Son- und Feiertages den einzelnen Arbeitsbetrieben zu stellen und die Entscheidungen über die entsprechenden Abmachungen in einer am 24. Mai stattfindenden Versammlung zu fassen.

In der Sitzung am Montag, den 21. Mai, konnte man nichts erreichen und gehen die Meister mit Enttäuschung ab. Die Gehilfenmeister beklagten, daß ein Resultat nicht zu erzielen sei. Obermeister Karow sprach zu persönlicher Entlassung und meinte, die Verhandlungen von am letzten Sonntag haben gezeigt, die Gehilfen haben es mit der Einigung nicht ernst gemeint und nur die Verhandlungen und Verhandlungen bringen, um immer mehr Geld für den Verband zu gewinnen; das ist auch der Gehilfen gegenüber; er braucht es aber als ein Recht der Gehilfen, sich zusammenzusetzen. Soll Jäger bei der Erklärung ab, daß es der Gehilfenmeister letzter Erfolg ist, den Verhandlungen gegen sie und daß es die

Lohnkommission aufrichtig bedauere, daß dem hier vereinbarten die Meister nicht zustimmen; der Herr Obermeister habe aber recht, daß im Verlaufe der Verhandlungen die Organisation gestärkt wurde, so daß die Gehilfen nunmehr auch einen Kampf wagen könne. Obermeister Karow erklärte, daß die Arbeitgeber Entgegenkommen genug gezeigt haben, aber ebenso entgegen werden sich die Meister im Kampfe wehren und den Spieß umdrehen und den Gehilfen beweisen, daß auch sie zu streiken verstehen. Jäger wünscht, daß der Kampf, wenn er nun einmal unvermeidlich ist, mit christlichen Waffen geführt werden möge und hofft, daß auch im Kampfe die beiderseitigen Kommissionen Friedensliebe und Bereitwilligkeit zu Verhandlungen zeigen werden.

Darauf verließ die Lohnkommission das Innungshaus am Schützensteig, ohne die Unterchrift zu den Vereinbarungen gegeben zu haben und wurden noch am selben Tage die ursprünglichen Forderungen den einzelnen Meistern nebst Begleitschreiben zugestellt und bis Mittwoch abend Rückantwort erbeten. Am 24. Mai (Sonntag) fällt die Entscheidung und mögen die Kollegen alles tun, um von Danzig, wo man verheiratete Gehilfen noch für 8 bis 11 A. in Kost und Logis beschäftigt und wo die Mißstände in diesem System himmelstreichende sind, den Zug zu fernzuhalten.

Unsere Lohnbewegung in Jülich scheint den dortigen Meistern nicht gerade zu passen, denn auf unsere Eingabe haben dieselbe folgende Antwort gegeben:

Jülich, den 16. Mai 1906.

An den Verband der Baderbetriebe, Jülich, zu Händen des Mitglieds Herrn Hans Meier.

Auf Ihr werthes Schreiben vom 10. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß in der unteren heutigen stattgefundenen Sitzung des Innungsvorstandes (21. Mitglieder) sämtliche an uns gestellte Forderungen abgelehnt wurden. Ferner wurde beschlossen, auch in etwaige weitere Verhandlungen resp. Forderungen nicht einzutreten. Grund zu diesen Beschlüssen ist folgendes:

In dem an uns gerichteten Schreiben ist von einer „part. besetzten Gehilfenversammlung“ die Rede, dieser Satz ist nicht haltbar, nachdem uns bekannt ist, daß in dieser Versammlung nur circa 50 Badergehilfen (trotz des verteilten Flugblattes, unter der Aufforderung des bestimmten Erscheinens) anwesend waren, darunter einige auswärtige sowie von hier einige Lehrlinge. Nachdem hier circa 150 Gehilfen beschäftigt werden und nur der dritte Teil die betr. Forderungen stellt, nehmen wir an, und ist auch der Beweis erbracht, daß zwei Drittel der Gehilfen mit den Lohnverhältnissen usw. zufrieden sind, und auch zufrieden sein können, zumal hier größtenteils nur kleinere und kleinere Betriebe, anderen größeren Städten gegenüber, in Frage kommen, folglich auch die Arbeitsleistung eine geringere ist.

Achtungsvoll

Der Innungsvorstand, J. M. Obersberger, 1. Obermeister.

Mit dieser Antwort beschaffte sich eine gut besetzte Mitgliederversammlung am 17. Mai, in welcher einstimmig beschlossen wurde, die Angelegenheit dem Vorpresidenten des Gewerbegerichts zu unterbreiten oder dem Gewerbehofrat zu überweisen. Nach am selben Tage wurde dies ausgeführt, was von Erfolg war. Herr Reichsrat Kaufmann ließ am 18. Mai den Innungsvorstand rufen und sagte demselben klar, daß man mit den Arbeitern, welche ihr gutes Recht fordern, nicht zu umspringt. Am 19. Mai fand dann unter Vorsitz des Herrn Kaufmann eine Besprechung statt.

Einigung derselben fanden einige Auseinandersetzungen zwischen dem Kollegen Gagner und dem Innungsvorstand statt, wobei letzterer erklärte, mit Gagner nicht in Unterhandlungen eintreten zu können, da Gagner nur gegen die Meister kämpfte, was eine Notiz in den Zeitungen beweise. Nach längerem Hin und Her kam es so, daß nicht Kollege Gagner, sondern Kollege Zimmermann die Unterhandlung führte, Gagner blieb dann in im Zimmer anwesend und griff auch etwas ein. Nach 1½stündiger Unterredung kam folgendes Resultat zustande:

Jülich, den 19. Mai 1906.

Zwischen Herrn J. Obersberger, Vorstand der Baderinnung einerseits und Herrn A. Zimmermann, Vorpresident des Verbandes der Bader Deutschlands, Mitgliedschaft Jülich, wurde eine Besprechung gepflogen und demgemäß vereinbart:

1. Der Mindestlohn für den zweiten Gehilfen soll betragen: a) 7 A. in jenen Baderbetrieben, wo nicht jeden Tag Schwarzbrot gebacken wird; b) 8 A. in jenen Baderbetrieben, wo alle Tage Schwarzbrot gebacken und kein Nebenverdienst anfällt.
2. Erste und selbständige Gehilfen erhalten entsprechend mehr Lohn.
3. Für Frühstück und Abendessen wird täglich 50 S. bezahlt.
4. Der Arbeitsnachweis ist paritätisch und unentgeltlich.
5. Für nicht entsprechende Schlafräume wird — auf Antrag der Meister ein anderer entsprechender Raum zur Verfügung gestellt.

J. M. Obersberger, Andreas Zimmermann, Kaufmann.

Die Kollegen hatten am 20. Mai Versammlung, in welcher diese Abmachungen zugestimmt wurde, unter der Voraussetzung, daß auch die Meister in ihrer Versammlung am 21. Mai dies tun.

Einstimmige Beschlußfassung findet am 25. Mai statt.

Der Streik in Stettin. Nachdem alle von uns eingeleiteten Einigungsversuche gescheitert waren, wurden am 15. Mai folgende Forderungen den Meistern zugestellt:

Der Unterzeichnete verpflichtet sich, vom 17. Mai 1906 ab nachstehende Arbeitsbedingungen für die Gehilfen seiner Baderlei einzuführen:

1. Kost und Logis wird den Gehilfen nicht mehr vom Arbeitgeber bezahlt. Dafür werden pro Woche folgende Minimallohn gezahlt: a) für erste selbständig arbeitende Gehilfen 24 A.; b) für zweite selbständig arbeitende Gehilfen 22 A.; c) für dritte und letzte Gehilfen 20 A.
2. Bisher gezahlte höhere Löhne werden nicht getilgt. Die Löhne gelten selbstverständlich als Wochenlohn.
3. Größlich erhöhte Nebenarbeiten, die durch Mehrarbeit herbeigeführt werden, werden mit 50 S. pro Mann und Stunde vergütet.
4. Der Lohn ist Sonnabend abend oder Sonntag früh spätestens am Beginn der Arbeitszeit voll auszusprechen.
5. Die Arbeitszeit richtet sich nach den gebräuchlichen Bestimmungen, doch werden den Gehilfen während derselben der nötigen Erfrischung gewährt.

6. In den drei hohen Festen, Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird eine Freinacht gewährt und zwar so, daß vom 1. Feiertag morgens 8 Uhr bis 2. Feiertag abends 10 Uhr kein Gehilfe beschäftigt werden darf. Für diese Freinacht oder andere ohne Schuld des Gehilfen arbeitsfreien Tage ist Lohnabzug oder Lohnaufrechnung nicht statthaft.

7. Bei zwei Lehrlingen wird mindestens ein Gehilfe dauernd beschäftigt, bei drei Lehrlingen werden zwei Gehilfen ständig beschäftigt. Mehr als drei Lehrlinge werden nicht gehalten.

8. Sämtliche Arbeitskräfte werden vom Verbandsarbeitsnachweis, Stettin, Turnerstr. 7, Restaurant Milenz, bezogen.

9. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zum deutschen Baderverband werden nicht stattfinden.

In der am 17. Mai tagenden stark besuchten Mitgliederversammlung wurde nach einem Referat des Vorpresidenten Gehilfen-Vorstand der Streik mit 162 gegen 2 Stimmen beschlossen. In der darauf folgenden öffentlichen Versammlung wurde noch unter den Unorganisierten vor ihrem Eintritt in die Versammlung eine Abstimmung vorgenommen und lauteten sämtliche 29 Stimmen für den Streik. Derselbe ist also mit 191 gegen 2 Stimmen beschlossen. Der Geist der Gehilfen ist ein sehr guter, fast einmütig wurde die Arbeit niedergelegt. In vielen Baderbetrieben mußten die ehrsamten Meister diese Nacht allein mit den Lehrlingen oder ihrer „besseren“ Hälfte die Salzstuden fabrizieren. Die sonderbarsten Hilfsmittel mußten „Badergehilfen“ spielen, Dienstmädchen sogar wurden benutzt. Heute morgen besorgten sonst sehr „feine“ Bäckermeister, „vulgar“ aussehend die Rindfleisch, und mancher hat dabei sehr unangenehme Worte zu hören bekommen und sogar oft die Wachen wieder mit nach Hause nehmen müssen. Bis Donnerstag mittag hatten 9 Baderbetriebe mit 24 Gehilfen die Bewilligung eingeklagt. Auch Flegeleien waren wieder auf den zurückgeforderten Bogen. Auf den den Badermeistern: Köd, Grabow, Gustav Adolfsstr. 53, B. Baasch, Unterwies, Nohbaw, Gartenstr. 7, zugestellten Formularen wurden der Lohnkommission die unvermeidlichen Ungezogenheiten annehmbar zugelassen. Die letztere hatte jedoch die Formulare gezeichnet und hat so die Namen feststellen können. Bäckermeister Eggert, Fredow, Fredowstr. 12, hat die Annahme der Forderung verweigert. Freitag morgen paratrollierten schon verschiedene Innungsführer auf dem Bahnhof, die schnellst erwarteten Streikbrecher kamen jedoch nicht. Die Innung hatte Freitag eine „Auflösung“ an die Stettiner Arbeiterschaft in der bürgerlichen Presse losgelassen, die auf die niedrigsten Zustände berechnet ist. Unwahrscheinlich, wie sich die Innung in diesem ganzen Kampfe gezeigt hat, erhöht sie unsere ihnen doch erst in den letzten Tagen zugestellten Forderungen um je 1 A. So schnell kann doch die Innung nicht vergehen. — 100 bis 120 A. Wadgeld pro Jahr sollen viele Gehilfen verdienen und 9 A. sei der Durchschnittslohn der Gehilfen. Ob denn die Bäckermeister überhaupt wissen, was Durchschnittslohn ist? Wir glauben nicht, sonst müßten sie wissen, daß die Löhne bis zu 3 A. pro Woche heruntergehen und der wahre Durchschnittslohn 7—8 A. beträgt. Verheiratete beschäftigen die Stettiner Bäckermeister außer wenigen größeren Probabäcker überaupt nicht, wozu denn das Gerede, daß man Verheiratete außer dem Hause geben will. Es ist geradezu ungeheuerlich, zu behaupten, daß durch unsere Forderungen, die gar keine Lohnerhöhung bedeuten, sondern nur Umwandlung des Naturallohnes in Gelblohn, eine Verteuerung des Brotes herbeigeführt wurde. Gelogen hat diese Innung, daß sich die Bader bogen. Das System ist eben nicht mehr zu halten, daher die Lüge die letzte Zuflucht. — Kuriose Szenen spielten auch nicht, Lehrlinge streikten mit. Bis in die späte Nacht hielten sich am Donnerstag die Meister ihre Gehilfen wieder und bewilligten. Die Innung setzte sich natürlich gehörig auf die Hinterbeine, sie richtet sich nunmehr auf den Kriegszustand ein verbandte an sämtliche Bäckermeister folgendes Schreiben:

Geehrter Herr Kollege!

Wie Ihnen bekannt, sind in der am Donnerstag den 10. d. M. in Gemeinschaft mit den Nichtinnungsmitgliedern stattgehabten außerordentlichen Innungsversammlung, die vor dem Gewerbegericht gemachten Einigungsversuche fast einstimmig abgelehnt worden. Es kommt jetzt darauf an, die in der Versammlung bewiesene Einigkeit auch praktisch zu betätigen.

Für nächsten Donnerstag haben die Mitglieder des Baderverbandes eine Versammlung einberufen, in welcher über den Streik oder sonstige zu treffenden Maßregeln beschlossen werden soll. Bleiben wir vom Streik verschont, so haben wir den Meistern und Hofstall zu erwarten.

Vorausichtlich wird in nächster Zeit auch bei Ihnen eine Kommission des Verbandes vorpresuchen und Sie auf fordern, durch Namensunterchrift die gestellten Forderungen anzuerkennen. Wir erwarten, daß Sie in Ihrem eigenen und im allgemeinen Interesse sich streng an die Beschlüsse der letzten Innungsversammlung halten und jede von Ihnen etwa verlangte Unterchrift entschieden ablehnen.

Der Möglichkeit gegenüber, daß Ihnen ein Zufall von Rindfleisch in Aussicht gestellt wird, sei warnend betont, daß die Unterchrift in bezug auf einen Lohnvertrag sogar im St. Falle vor Gericht bindend ist, und unübersehbare Nachteile und Unannehmlichkeiten mit sich bringen dürfte, da seitens der Gehilfen die strikte Durchführung des Tarifs überwacht werden wird. Andererseits sollte jeder Kollege es als im höchsten Grade verwerflich erachten, auf so unlautere Weise sich den Rundenfang nutzbar zu machen.

Stettin, den 15. Mai 1906.

Mit kollegialischem Gruß

Der Vorstand der Baderinnung zu Stettin.

Es wurden jetzt Streikbrecher aller Art geworben. Auf die Arbeiter vom „Vulkan“, die gelehrte Bader sind, die letzten die christlichen Bäckermeister große Hoffnungen. Die Lehrlinge sollten unter die Innungsmitglieder verteilt werden. Selbst Meistereiende will man als Streikbrecher verwenden. Dies müßte jedoch alles nichts, die Arbeiterkraft griff energisch mit in den Kampf ein und in keiner Stadt bärten die Bäckermeister so lange und vergebens auf Streikbrecher gewartet haben, als hier. Außer einem Schuld von 7 Mann aus Leipzig sind fast gar keine Rindfleisch über Stettin und Vororte verbreitet. Dienstag abend finden 4 Vollversammlungen statt. Bei Niederfahrt finden 41 Meister mit 63 Gehilfen unsere Forderungen bewilligt.